

DE GRUYTER

*Manfred Scharrer*

# DER AUFBAU EINER FREIEN GEWERKSCHAFT IN DER DDR 1989/90

ÖTV UND FDGB-GEWERKSCHAFTEN  
IM DEUTSCHEN EINIGUNGSPROZESS

Manfred Scharrer

Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90  
ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess



Manfred Scharrer

# Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90

ÖTV und FDGB-Gewerkschaften  
im deutschen Einigungsprozess

De Gruyter

Gefördert mit großzügiger Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung

ISBN 978-3-11-025432-7

e-ISBN 978-3-11-025433-4

*Library of Congress Cataloging-in-Publication Data:*

Scharer, Manfred.

Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90 : ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess / Manfred Scharer.

p. cm.

Includes bibliographical references and index.

ISBN 978-3-11-025432-7 (alk. paper) -- ISBN 978-3-11-025433-4 (e-ISBN)

1. Labor unions--Germany (East) 2. Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. 3. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund. 4. Germany--History--Unification, 1990. I. Title.

HD8460.5.A5G49 2010

331.880943'109048--dc22

2011007992

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, Berlin/New York

Druck: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

# Vorwort

Im Jahr 1989/90 geschah mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR schier Unvorstellbares. Über die politische Geschichte dieser „friedlichen Revolution“, über die Bürger- und Menschenrechtsbewegung, die SED und ihre Staatssicherheit liegen mittlerweile zahllose Darstellungen vor. Es gibt jedoch viele gesellschaftliche Bereiche des Einigungsprozesses, denen weit weniger Aufmerksamkeit zuteil wurde. Dazu zählen die Gewerkschaften.

In die grenzenlose Freude über das Ende der SED-Diktatur, die Wiedergewinnung bürgerlicher Freiheiten und Rechte und die Aussicht auf Wiedervereinigung mischte sich allerdings früh Nachdenklichkeit, als sich die unvermeidlichen, gravierenden Veränderungen für die DDR abzuzeichnen begannen. Sie betrafen nicht nur die politischen, sondern auch die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen. In die große Erleichterung und Hoffnung mischten sich bei den abhängig Beschäftigten sogleich Befürchtungen vor Rechtlosigkeit im Betrieb, Benachteiligung bei den materiellen Lohn- und Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit. Dazu kamen Ängste vor sozialem Abstieg und Verarmung. Eine unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung, die den Arbeitnehmern in der DDR verwehrt worden war und die es deshalb nicht gab, war nötiger denn je, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Allergrößte Erwartungen wurden deshalb auf die Gewerkschaften der Bundesrepublik gerichtet.

Die vorliegende Untersuchung stellt am Beispiel der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) exemplarisch die Geschichte der Gewerkschaften in der Wendezeit vom Herbst 1989 bis Sommer 1990 in Ost und West dar. Dabei wird neben der ÖTV auf die für sie wichtigsten FDGB-Gewerkschaften IG Transport, Gewerkschaft Gesundheit und der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und Beschäftigten der Kommunalwirtschaft (MSK) eingegangen. Diese Geschichte ist Teil des allgemeinen deutschen Vereinigungsprozesses.

Der Zusammenbruch der SED, die Implosion der staatlichen Institutionen und das erzwungene Ende der Staatssicherheit bedeuteten zwangsläufig auch das Ende des FDGB als Massenorganisation der SED. Dieses war nicht gleichbedeutend mit der Auflösung der Organisationsapparate mit Tausenden von ehren- und hauptamtlichen Funktionären. Aus ihren Reihen wurde versucht, den FDGB in einen Dachverband wirklich autonomer Einzelgewerkschaften zu transformieren, um so das verlorene Vertrauen der Mitglieder zurückzugewinnen. Dies war nahe liegend, solange die politische Entwicklung eine selbständige Existenz der DDR realistisch erscheinen ließ und unabhängige Gewerkschaftsinitiativen außerhalb des FDGB schon im Ansatz scheiterten.

Spätestens mit der Volkskammerwahl am 18. März war jedoch entschieden, dass die Bürger der DDR ein schnelles Ende der DDR und den Beitritt zur Bundesrepublik wollten. Sowohl für die FDGB- als auch die DGB-Gewerkschaften war damit rasch klar, dass gesamtdeutsche Gewerkschaften gebildet werden müssten. Regionalgewerkschaften im Osten und Westen eines vereinten Deutschlands waren unvorstellbar. An eine – theoretisch denkbare – Weiterexistenz der FDGB-Gewerkschaften als kommunistische Richtungsgewerkschaften in Konkurrenz zu den DGB-Gewerkschaften dachte niemand. Es ging für die FDGB-Gewerkschaften nur noch darum, einen möglichst großen Einfluss auf die Modalitäten der Vereinigung zu gewinnen. Dass die gesamtdeutschen Gewerkschaften

ten nach dem bewährten Modell der freien und unabhängigen Einheitsgewerkschaften der Bundesrepublik gebildet würden, war dabei nicht nur für die DGB-Gewerkschaften selbstverständlich, sondern wurde grundsätzlich auch von den FDGB-Gewerkschaften anerkannt.

Die DGB-Gewerkschaften waren vor eine einmalige Situation gestellt: Es gab keinen Präzedenzfall für die Aufgabe, unabhängige freie und demokratische Gewerkschaften in einem zusammenbrechenden Staat aufzubauen. Sie hatten realistisch betrachtet drei Optionen: mit den FDGB-Gewerkschaften zu kooperieren und zu fusionieren, neue demokratische Gewerkschaften als Filialen der West-Gewerkschaften in der DDR zu errichten oder ihre Satzungen zu öffnen und ihren Organisationsbereich auf das Gebiet der DDR auszudehnen. Die Ansichten darüber, welcher Weg der richtige wäre, gingen auseinander. Einig waren sich alle DGB-Gewerkschaften aber darin, dass es nicht in Frage kam, die Rechtsnachfolge der FDGB-Gewerkschaften anzutreten.

Die ÖTV versuchte sowohl die Kooperation mit den FDGB-Gewerkschaften als auch die Gründung einer ÖTV in der DDR, bevor sie schließlich entschied, ihre Satzung zu öffnen und eine handlungsfähige Gewerkschaft auf dem denkbar schnellsten und einfachsten Weg aufzubauen. Diese unterschiedlichen Verfahren mögen teilweise widersprüchlich anmuten. Sie gehorchten alle dem einen Ziel, eine freie demokratische Gewerkschaft in der DDR und eine „einheitliche ÖTV im vereinten Deutschland“ aufzubauen.

Seit Oktober 1990 war ich zuständig für die Aus- und Weiterbildung der ÖTV-Beschäftigten in den neuen Bundesländern. Kern dieser Arbeit war die Qualifizierung der neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR. Dabei ergaben sich vielfältige Gelegenheiten, um über die jüngste Geschichte der Wendezeit zu sprechen. Die Erzählungen waren für mich so faszinierend, dass ich begann, Interviews mit jenen Personen zu führen, die sich – sowohl auf der FDGB-Seite als auch auf der ÖTV-Seite – besonders für den Aufbau einer einheitlichen ÖTV im vereinten Deutschland engagiert hatten. Diese Interviews ermöglichen einmalige Einblicke in die entscheidende Umbruchzeit in der DDR – und zwar aus einem gesellschaftlichen Bereich, der in der öffentlichen Wahrnehmung kaum Beachtung findet. Mir war daran gelegen, diese Erfahrungen in Form von Interviews als historische Quelle zu bewahren. Über eine weitere Verwendung machte ich mir damals keine Gedanken.

Erst 20 Jahre später stellte sich mir diese Frage. Sie gab den Anstoß für ein Forschungsprojekt über den Aufbau der ÖTV in der DDR und der Suche nach einer Möglichkeit, diese Interviews als historische Quelle zu publizieren. Das Projekt beschreibt den deutschen Einigungsprozess zwischen Mauerfall und 3. Oktober und dem Beitrag, den Gewerkschafter aus Ost und West erbracht haben.

Ich bedanke mich bei allen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen (FDGB und ÖTV), die mir Auskunft über ihre Erfahrungen, Empfindungen und Reflexionen im Einigungsprozess gegeben haben, besonders bei Monika Wulf-Mathies, der damaligen ÖTV-Vorsitzenden, die mir in einem aktuellen Interview rückschauend Rede und Antwort stand.

Zu danken habe ich der IVG (Immobilienverwaltungsgesellschaft der ver.di mbH), die die vollständige Transkription der Interviews ermöglicht hat und die damit half, die erste Hürde für das Zustandekommen des Projektes zu überwinden.

Besonders bedanken möchte ich mich bei der Hans-Böckler-Stiftung. Sie hat die vorliegende Arbeit gefördert und die Drucklegung unterstützt. Ohne diese Förderung wäre diese Untersuchung kaum durchgeführt worden.

Ich danke Hartmut Simon, dem Leiter des ver.di-Archivs, der mich unbürokratisch unterstützt, der mir bei der Recherche geholfen und mir die im Berliner Westhafen verbliebenen, nur noch ihm bekannten ÖTV-Materialien zugänglich gemacht hat.

Dank schulde ich Jutta Schmidt und Walter Eberhardt für die Durchsicht des Manuskripts unter dem jeweiligen Blickwinkel Ost und West. Jutta Schmidt war in der Wendezeit 1989/90 BGL-Vorsitzende und hat die ÖTV in der DDR und in den neuen Bundesländern als Hauptamtliche in verschiedenen Funktionen mit aufgebaut: als Sekretärin in einer Kreisverwaltung, im Bezirksvorstand und als stellvertretende Vorsitzende der ÖTV. Sie gab mir ihr Einverständnis, ihre Sammlung aller Vorgänge der Vorstandssekretariate der ÖTV-Hauptverwaltung, die den Aufbau der ÖTV in der DDR betrafen, einsehen zu dürfen. Das hat mir die Recherche in einem Maße erleichtert, die erahnt werden kann, wenn man das Volumen des ÖTV-Aktenbestandes kennt, der jetzt im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung lagert. Walter Eberhardt war langjähriger Sekretär des gHV. Ihm verdanke ich Einsichten in innerorganisatorische Abläufe, Strukturen und Wirkungsmächte jenseits der Protokoll- und Beschlusslage.

Vor allem danke ich meiner Tochter Jenny. Sie hat das Rohmanuskript mit mir diskutiert, sprachlich und inhaltlich kritisiert und mir geholfen, hoffentlich viele unvermeidliche Blindheiten eines Spezialisten zu vermeiden, der sich viele Jahre wissenschaftlich mit Gewerkschaftsgeschichte befasst hat und über institutionelle Erfahrungen verfügt. Vieles erscheint aus einer solchen Perspektive selbstverständlich, was es nicht ist. Sollte mir eine verständliche und schlüssige Darstellung und Erzählung gelungen sein, dann ist es maßgeblich ihr Verdienst.

*Berlin, Januar 2011*

Manfred Scharrer



# Inhalt

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Teil I: ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess	
1. Das Ende der SED-Diktatur .....	3
Glasnost und Perestroika .....	3
Der „Runde Tisch“: Paradigma des friedlichen Übergangs .....	4
Der Eiserne Vorhang fällt .....	5
Das Ende der Breshnew-Doktrin .....	6
Das Ende der SED-Herrschaft .....	7
Fluchtbewegung .....	7
Neuformierung der Opposition und allgemeiner Bürgerprotest .....	9
Wirtschaftsbankrott .....	10
Der 9. November .....	11
Deutschland einig Vaterland .....	13
2. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) .....	15
Gewerkschaft als kommunistische Massenorganisation .....	15
Gewerkschaft als Interessenvertretung des Unternehmers .....	16
Gewerkschaft als Interessenvertretung abhängig Beschäftigter .....	17
Gewerkschaft als Feriendienst .....	20
Gewerkschaft als zentralistische Einheitsorganisation .....	21
Gewerkschaft als Partei .....	23
FDGB-Gewerkschaften im Sommer 1989 .....	24
Der Zusammenbruch des FDGB .....	26
3. Autonome FDGB-Einzelgewerkschaften .....	31
Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft (MSK) .....	31
Berichtswesen .....	32
Auflehnung im Vorstandssekretariat .....	34
Personelle Veränderung .....	35
Strukturelle Reformansätze .....	37
Aus MSK wird GÖD .....	38
Gewerkschaft Gesundheitswesen .....	39
IG Transport- und Nachrichtenwesen (IG TN) .....	42
IG Bergbau-Energie (IG B-E) .....	44
4. Initiative für Unabhängige Gewerkschaften (IFUG) .....	47

X	Inhalt	
5.	ÖTV – Erste Schritte in die DDR .....	51
	Selbstverständnis zwischen Gegenmacht und Feindbild Kapitalismus .....	51
	ÖTV in der Wendezeit .....	56
	Erste Kontakte .....	59
	Das Ziel: Einheitliche ÖTV im vereinten Deutschland .....	62
	Die Berater .....	64
	Betriebsräte oder BGL? .....	68
	Umgang mit den FDGB-Gewerkschaften .....	70
6.	Kontakte der FDGB-Gewerkschaftsvorstände nach Westen .....	73
	Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft (MSK) .....	74
	Industriegewerkschaft Transport- und Nachrichtenwesen (IG TN) .....	75
	Gewerkschaft Gesundheitswesen (GSW) .....	76
7.	Grenzstreitigkeiten zwischen DGB-Gewerkschaften .....	81
	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Industrie- gegen Berufsverbandsprinzip .....	81
	IG Bergbau und Energie (IGBE) – Bereichs-Zuordnung gegen Mitgliedsentscheidung .....	83
	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) – privater gegen öffentlicher Bereich .....	86
8.	Kooperationsabkommen mit FDGB-Gewerkschaften .....	91
	Kritik am FDGB und seinen Folgegewerkschaften .....	91
	Kooperationsvereinbarung mit der IG Transport .....	92
	Gescheiterte Kooperation mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste (GÖD) .....	98
9.	Satzungsöffnung und Gründung der <i>ÖTV in der DDR</i> .....	101
	Initiativen für eine <i>ÖTV in der DDR</i> .....	101
	Planung einer <i>ÖTV in der DDR</i> „von oben“ .....	106
	Satzungsöffnung – Die grundsätzliche Entscheidung vom 10. Mai 1990 .....	108
	Pro Zusammenarbeit mit den FDGB-Gewerkschaften .....	110
	Verpflichtung zur Selbstauflösung der FDGB-Gewerkschaften .....	110
	Die Gründungsversammlung der <i>ÖTV in der DDR</i> .....	112
	Der Gründungskongress der <i>ÖTV in der DDR</i> .....	115
10.	Der Aufstand der FDGB-Gewerkschaften .....	119
	Die Vereinbarung vom 30. Mai 1990 .....	119
	Wachsende Verärgerung bei den FDGB-Funktionären .....	120
	1. Sitzung des zentralen Organisationsausschusses am 18. Juni 1990 .....	121
	Presseerklärung der FDGB-Gewerkschaften vom 4. Juli .....	124
	2. Sitzung des zentralen Organisationsausschusses am 10. Juli .....	125

Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes .....	127
Nachspiel zur Presseerklärung vom 4. Juli .....	129
Selbst- und Fremdwahrnehmung .....	131
<b>11. ÖTV-Anfang und FDGB-Ende .....</b>	<b>133</b>
Hauptamtliche Beschäftigung von DDR-Mitgliedern .....	133
Organisationsaufbau der ÖTV .....	134
Das Ende der FDGB-Gewerkschaften – Finanz- und Mitgliederentwicklung .....	137
Gewerkschaft Gesundheits- und Sozialwesen (GSW) .....	138
MSK/Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) .....	140
IG Transport (IGT) .....	143
Das Ende des Dachverbandes FDGB .....	145
ÖTV im vereinten Deutschland .....	148

Teil II:

Dokumentation

Die Akteure des gewerkschaftlichen Einigungsprozesses im Interview

JÜRGEN ANGELBECK ÖTV-Beratungssekretär in Halle .....	155
DIETER BAUER Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Hof, und ECKHARD STADE ÖTV-Beratungssekretär in Plauen .....	166
KARL-HEINZ BIESOLD Vorsitzender der IG Transport .....	178
KLAUS BÖHM ÖTV-Beratungssekretär in Karl-Marx-Stadt / Chemnitz .....	195
REINHARD BÜTTNER ÖTV-Beratungssekretär in Gera .....	206
ASTRID CLAUS und DORIS SCHMID ÖTV-Beratungssekretärinnen in Dresden .....	221
MATHIAS FELDMANN Vorsitzender des Gesamtgewerkschaftsrats der BVB .....	235
MARGARETA FOHRBECK Persönliche Referentin der ÖTV-Vorsitzenden .....	247
FRANZ FUCHS Sekretär im zentralen Organisationsbüro der ÖTV-Hauptverwaltung .....	263
WILLI HANSS gHV-Mitglied und u.a. zuständig für Tarifpolitik im öffentlichen Dienst .....	273
PETER HEROLD Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Gesundheits- und Sozialwesen .....	277
CONNY HINTZ ÖTV-Beratungssekretärin in Frankfurt/Oder .....	294
WOLFGANG KURTH Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Gesundheits- und Sozialwesen .....	304

## XII Inhalt

VERONIKA MANTEL Kreisgeschäftsstellenleiterin der MSK/GÖD in Plauen .....	317
WILLI MÜCK Stellvertr. Vorsitzender der ÖTV und u.a. zuständig für Organisation, Personal und Vermögen .....	329
WERNER RUHNKE Leiter der Informationsstelle des ÖTV-Hauptvorstandes in der DDR .....	345
JUTTA SCHMIDT BGL-Vorsitzende, Institut für Halbleiterphysik, AdW, Frankfurt/Oder .....	359
GERTRAUDE SINN Vorstandsmitglied der MSK und GÖD .....	370
JÖRG VIRCHOW ÖTV-Beratungssekretär in Ost-Berlin .....	387
MONIKA WULF-MATHIES ÖTV-Vorsitzende .....	399
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	413
Ungedruckte Quellen .....	413
Gedruckte Quellen .....	413
Dokumentensammlungen .....	415
Interviews und Gespräche .....	415
Ausgewählte Literatur .....	416
Zeitleiste .....	419
Personenregister .....	425

# Abkürzungsverzeichnis

AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	Akademie der Wissenschaften
AGB	Arbeitsgesetzbuch
AgF	Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen
AGL	Abteilungsgewerkschaftsleitung
AP	Associated Press
BAG	Bundesarbeitsgericht
BDVP	Bezirksdirektion der Volkspolizei
BBZ	Bildungs- und Begegnungszentrum (der ÖTV in Berlin)
BEWAG	Berliner Städtische Elektrizitätswerke AG
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BGO	Betriebsgewerkschaftsorganisation
BIZ	Bildungs- und Informationszentrum (der GÖD in Erfurt)
BKV	Betriebskollektivvertrag
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVB	Berliner Verkehrsbetriebe (Ost)
BV	Bezirksverwaltung
BV	Bezirksvorstand
BVG	Berliner Verkehrs AG (West)
CDA	Christlich Demokratische Arbeiternehmerschaft
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CGT	Confédération général du travail
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DLH	Deutsche Lufthansa
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DPA	Deutsche Presse Agentur
DVU	Deutsche Volksunion
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
Fakulta	Ursprünglich: Fakultative Rechtsschutz- und Haftpflichtunterstützung des Transportarbeiterverbandes, nach 1945 als Unterstützungseinrichtung des FDGB wieder gegründet
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei

#### XIV Abkürzungsverzeichnis

GASAG	Berliner Gaswerke AG
GdS	Gewerkschaft der Sozialversicherung (Fachgewerkschaft)
GdVP	Gewerkschaft der Volkspolizei (FDGB)
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (DGB)
gHV	Geschäftsführender Hauptvorstand (der ÖTV)
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GGLF	Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (DGB)
GO	Grundorganisation
Gew.	Gewerkschaften
GÖD	Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (FDGB)
GSW	Gewerkschaft Gesundheits- und Sozialwesen (FDGB)
GUE	Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (FDGB)
GUV	Gewerkschaftliche Rechtsschutz- und Haftpflichtunterstützungseinrichtung der Verkehrsberufe aller Wirtschaftszweige in Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Alte Fakulta
GW	Gewerkschaft Wissenschaft (FDGB)
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (DGB)
HBV/DDR	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen der DDR (FDGB)
HNG	Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß (FDGB)
HV	Hauptvorstand der ÖTV
IFEP	Institut für empirische Psychologie
IFUG	Initiative für unabhängige Gewerkschaften
IG	Industriegewerkschaft
IG B-E	Industriegewerkschaft Bergbau-Energie (FDGB)
IGBE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (DGB)
IGBEW	Industriegewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft (FDGB)
IGM/DDR	Industriegewerkschaft Metall (FDGB)
IGCPK	Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (DGB)
IGT	Industriegewerkschaft Transport (FDGB)
IG TN	Industriegewerkschaft Transport- und Nachrichtenwesen (FDGB)
IÖD	Internationale der Öffentlichen Dienste
IUG	Initiative Unabhängiger Gewerkschaften
IVG	Immobilienverwaltungsgesellschaft der ver.di mbH
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KV	Kreisverwaltung
LDPD	Liberal Demokratische Partei Deutschlands
MIBEV	Mitgliederbestandsverwaltung (der ÖTV)
ML	Marxismus-Leninismus
MMM	Messe der Meister von Morgen
MSK	Gewerkschaft der Mitarbeiter in Staats- und Kommunalbetrieben (FDGB)

ND	Neues Deutschland – Zentralorgan der SED
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVA	Nationale Volksarmee
ÖD	Öffentlicher Dienst (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst)
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (DGB)
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖVW	Örtliche Versorgungswirtschaft
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PersVG	Personalvertretungsgesetz
PVAP	Vereinigte Polnische Arbeiterpartei
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RKV	Rahmenkollektivvertrag
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SJS	Sammlung Jutta Schmidt (ver.di-Archiv)
SMS	Sammlung Manfred Scharrer (ver.di-Archiv)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stamo	Staatsmonopolistischer Kapitalismus
TdL	Tarifgemeinschaft deutscher Länder
TU	Technische Universität
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
VEB	Volkseigener Betrieb
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
VS	Verband deutscher Schriftsteller
VS	Vorstandssekretariat (der ÖTV-Hauptverwaltung)
ZÖD	Zukunft durch Öffentliche Dienste
ZK	Zentralkomitee
ZV	Zentralvorstand
ZDK	Zentraldelegiertenkonferenz



## Teil I

# ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess



# 1. Das Ende der SED-Diktatur

Bevor über die Rolle der ÖTV in der DDR im Zusammenhang mit der Auflösung des FDGB und dem Aufbau neuer autonomer DDR-Gewerkschaften gesprochen werden kann, muss der Zerfall der SED-Herrschaft betrachtet werden. Nur im Kontext der „friedlichen Revolution“ wird die gewerkschaftliche Entwicklung in der DDR der Wendezeit verständlich. Dem Ende der SED wiederum ging der Selbstauflösungsprozess kommunistischer Diktaturen vor allem in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn voraus.

## Glasnost und Perestroika

Am 11. März 1985 wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU ernannt. Er wollte das Beste für seine Partei, für sein Land und für das sowjetische Imperium. Doch als er abtrat gab es keine KPdSU mehr, sie wurde am 24. August 1991 vom Obersten Sowjet verboten, es gab keine UdSSR mehr, sie wurde am 31. Dezember 1991 für beendet erklärt, und es gab auch keine DDR oder andere sowjetische Satellitenstaaten in Mitteleuropa mehr. Ein welthistorisches Experiment, das einst fast rund um den ganzen Globus große Hoffnungen geweckt hatte, war gescheitert.

Schon am 3. Juli 1986 wurde im Politbüro der KPdSU eine folgenschwere Erkenntnis artikuliert:

„Uns allen ist bewusst, dass unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern in eine neue Etappe eingetreten sind. Wie es war, so kann es nicht weitergehen. Die Methoden, die wir gegenüber der Tschechoslowakei und Ungarn anwendeten, sind unannehmbar (...) Wir können keine administrative Methode in der Führung der Freunde anwenden ... das bedeutet nämlich, dass wir sie uns auf den Hals laden.“<sup>1</sup>

Im Kern bedeutete dies die Abkehr von der Breshnew-Doktrin, die eine Intervention androhte, sollte ein sozialistisches Land sich der „Restauration der kapitalistischen Ordnung“ zuwenden wollen.

Die Bestandsaufnahme und Analyse der obersten Ökonomen, Politiker und Militärs der Sowjetunion hatte vor dem Hintergrund der eigenen ökonomischen Krise zu einer Neubewertung des Nutzens der Satellitenstaaten für das Imperium geführt. Ihre maroden sozialistischen Volkswirtschaften waren wirtschaftlich abhängig von Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion und zunehmend im Westen verschuldet. Dies ließ es ratsam erscheinen, nicht auch noch für die Sanierung dieser Gesellschaften und zur Herrschaftssicherung ihrer altersstarrten Eliten zur Kasse gebeten und zur Verantwortung gezogen zu werden. Zudem würde ihr geopolitischer und militärstrategischer Nutzen schwinden, wenn es gelänge, eine Verständigung mit den Amerikanern (und dem Westen) herbeizuführen.

Der Sowjetführung war zu diesem Zeitpunkt auch klar geworden, dass sie sich im Rüstungswettlauf übernommen hatte. Durch eine Reduzierung der Militärausgaben hoffte

---

1 Zit. n. György Dalos, Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, S. 88.

sie, finanziellen Spielraum für innere Reformen zu gewinnen. Gorbatschow setzte auf Entspannung und Abrüstung. Diese konnten nur durch einvernehmliche Regelungen mit der Regierung in Washington erreicht werden. Im Dezember 1987 einigten sich die USA und die Sowjetunion darauf, die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa abzubauen. Erst wenige Jahre zuvor hatte die Sowjetunion die Aufstellung der SS 20 als unabdingbar für ihre Sicherheit erklärt. Im Sommer 1988 ordnete Gorbatschow den Rückzug aus Afghanistan an. Das waren spektakuläre Zeichen einer Zeitenwende. Auf der UN-Vollversammlung am 7. Dezember 1989 bekannte er sich zum Gewaltverzicht, zur Selbstbeschränkung des Stärkeren, zum Prinzip freier Wahlen und zur Akzeptanz unterschiedlicher Entwicklungen in den einzelnen Satellitenstaaten.

In die Reden des Generalsekretärs der KPdSU mischten sich von Anfang an völlig neue Töne. Reformbedarf, vor allem im wirtschaftlichen Sektor, wurde öffentlich eingeräumt. Wirtschaft und Gesellschaft seien im Vergleich mit dem Westen hoffnungslos rückständig. Die Demokratie habe man nötig wie die Luft zum Atmen, erklärte er seinen Parteifreunden und den Menschen im Lande, die bislang gewohnt waren, im Geiste der Diktatur zu denken und zu handeln.

Als im Politbüro der KPdSU 1986 der strategische Kurswechsel diskutiert wurde, herrschte in den Ländern, in denen man Jahre zuvor noch mehr oder weniger mit Waffengewalt „für Ordnung“ gesorgt hatte, noch Ruhe – zumindest an der gesellschaftlichen Oberfläche. In Polen herrschte Jaruzelski, in Ungarn Kádár, in der CSSR Husák und in der DDR Honecker. Hier schauten die Machthaber eher mit Erstaunen, Unverständnis und Misstrauen auf die Vorgänge, die sich seit dem Amtsantritt Gorbatschows beim „Großen Bruder“ abzuspielden begannen. Es war eine im Sowjetreich unerhörte Begebenheit, dass aus dem Zentrum der Macht Mängel überhaupt öffentlich eingeräumt und thematisiert wurden. Doch welche Reformen waren nötig und wie sollten sie durchgeführt werden? Die kommunistische Erziehungsdiktatur, die eine jahrhundertelange Konditionierung in passiven Eigenschaften verstärkt hatte, forderte nun plötzlich Eigenverantwortung, Eigeninitiative und individuelle Leistung. Marktwirtschaftliche Mechanismen sollten diese Denk- und Verhaltensmuster fördern helfen. Gorbatschow dachte anfangs, dies alles könne geschehen, ohne die Heiligen Kühe des Kommunismus schlachten zu müssen, also das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die zentrale Planwirtschaft und die führende Rolle der Kommunistischen Partei. Zwei Begriffe, Glasnost und Perestroika, begannen Karriere zu machen und Hoffnungen zu wecken. Die konkreten Maßnahmen waren widersprüchlich und unübersichtlich. Sie führten zu einer chaotischen Desorganisation im Wirtschaftsbereich und waren dort am erfolgreichsten, wo sie es gerade nicht sein sollten, bei der Auflösung kommunistischer Macht.

## Der „Runde Tisch“: Paradigma des friedlichen Übergangs

Als erstes begann die Führung der kommunistischen Partei Polens (PVAP) zu ahnen, dass im Falle eines Konflikts nicht mehr mit „brüderlicher“ Hilfe aus Moskau gerechnet werden konnte. Ein 1981 war nicht wiederholbar. Die Zerschlagung von Solidarność und die Verhängung des Kriegsrechts hatten damals zwar die Diktatur der kommunistischen Partei gerettet, jedoch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes nicht gelöst. Die Krise der Wirtschaft verstärkte sich noch, während Solidarność im Untergrund weiter aktiv war. Im April und im August 1988 kam es wieder zu heftigen Streiks. Da eine Rückendeckung für ein gewaltsames Vorgehen gegen die Streikenden durch Moskau un-

wahrscheinlich geworden war, sahen sich die Kommunisten gezwungen, auf die Opposition zuzugehen. Sie boten zuerst Gespräche und dann Verhandlungen am „Runden Tisch“ an. Am 16. Februar 1989 begannen die Gespräche, sie endeten am 5. Mai. Alle wichtigen Fragen der polnischen Gesellschaft wurden verhandelt. Von vornherein stand fest, dass Solidarność wieder zugelassen werden und freie Wahlen zu Sejm und zum Senat stattfinden sollten.

Das Ergebnis der Wahlen vom 4. Juni 1989 war für die Kommunisten vernichtend. Bei den Parlamentswahlen, in denen sie sich mit den Blockparteien von vornherein 65% der Mandate sicherten, erhielten sie von den 35 Direktmandaten nur eines und bei den wirklich demokratischen Wahlen zum Senat gewann Solidarność 99 von 100 Sitzen.

Die Wahl fand am selben Tag statt, an dem die KP Chinas in Peking mit ihrer Volksbefreiungsarmee ein Massaker unter den Demonstranten der Demokratiebewegung auf dem Tiananmen-Platz anrichtete. Das Zeichen wurde weltweit verstanden: Kommunisten können auch anders. Dies war vor allem bei den Menschen in Polen, in der DDR, in Ungarn und in der CSSR ohnehin noch im Gedächtnis. Doch der „Runde Tisch“ in Warschau weckte Hoffnung. Ein Modell für die friedliche Transformation kommunistischer Diktaturen in demokratisch verfasste Gesellschaften war gefunden.<sup>2</sup>

## Der Eiserne Vorhang fällt

In Ungarn stellten sich für die kommunistische Partei (USAP) ähnliche Probleme wie in Polen. Auch dort befand sich die Wirtschaft in einem beklagenswerten Zustand. Ab dem 1. Januar 1988 gestand die Kommunistische Partei den Menschen ein Freiheitsrecht zu, das besonders bei den Bürgern der DDR einen überragenden Stellenwert hatte: Jeder ungarische Staatsbürger hatte von nun an Anspruch auf einen Pass und konnte das Land jederzeit verlassen – und auch wieder zurückkehren. Außerdem versuchte die Partei, die oppositionellen Gruppen, die schon längere Zeit halblegal existierten, ins Gespräch und in die Verantwortung zu ziehen.

All dies geschah jedoch halbherzig und unter Ausklammerung der Kernfrage: Was geschieht mit der „führenden Rolle der Partei“? János Kádár zeigte sich uneinsichtig gegenüber der Forderung nach wirklichen Reformen. Er hatte dazu einen besonderen Grund. Die Geister der tabuisierten jüngsten Geschichte begannen sich zu regen: Der Name Imre Nagy wurde immer öfter genannt. Ihn hatte Kádár 1958 ermorden lassen. Im Zeichen von „neuem Denken“ wurde die Forderung nach einer Rehabilitierung von Nagy und den Aufständischen von 1956 immer lauter. Die Kommunisten mussten schließlich eingestehen, dass sie 1956 keine Konterrevolution sondern einen Volksaufstand niederschlagen ließen. Kádár wurde, mit sanftem Druck der Sowjets, am 20. Mai 1988 zum Rücktritt gezwungen. Schließlich stimmten die Kommunisten Gesprächen am „Runden Tisch“ zu. Insgesamt versuchten sie, sich an die Spitze der demokratischen Bewegung zu setzen.

So beschloss das Politbüro im Februar 1989 die Beseitigung der Grenzanlagen zu Österreich. Im Mai wurde mit dem Abbau des Stacheldrahts, der Wachtürme und der Millionen Tretminen begonnen. Diese bedeutsame Aktion fand weltweit nicht die Aufmerksamkeit, die ihr gebührte. Schließlich inszenierten Regierungsvertreter einen Fototermin: Am 27. Juni 1989 zerschnitten die Außenminister Österreichs und Ungarns ge-

---

2 Vgl. György Dalos, a.a.O., S. 46.

meinsam den Stacheldraht. Der Eiserne Vorhang bekam ein sichtbares Loch. Erst diese Bilder gingen um die Welt. Man begann wahrzunehmen, dass sich im Osten Unerhörtes vollzog. Vor allem die Menschen in der DDR realisierten, dass sich in Ungarn ein Weg in den Westen aufgetan hatte, der nicht mehr mit Gefahr für Leib und Leben verbunden war.

## Das Ende der Breshnew-Doktrin

Vor diesem Hintergrund trafen sich die Spitzen der Warschauer-Pakt-Staaten am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest zu einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses. Polen und Ungarn waren bestrebt, sich in ihren Reformkursen nicht behindern zu lassen. Vor allem die DDR und die CSSR wollten das genaue Gegenteil, nämlich den freiheitlichen Reformen in diesen Ländern den Garaus machen. Gerade Ungarn sollte zur alten Pakträson zurückgeführt werden. Für Gorbatschow war es die Nagelprobe, ob seine schönen Reden ernst gemeint waren. Sie waren es offensichtlich. Er distanzierte sich in unmissverständlichen Worten von der Breshnew-Doktrin von 1968. Im Kommuniqué lauten die entscheidenden Sätze:

„(...) Insbesondere geht es darum, ein neues Niveau der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu erreichen, (...) in dem Länder mit unterschiedlicher sozialer und staatlicher Ordnung existieren und die entstandenen territorialen und politischen Realitäten, die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, die Souveränität sowie das Recht eines jeden Volkes geachtet werden, sein Schicksal frei zu bestimmen. (...) Die Teilnehmer der Tagung informierten einander über die innere Entwicklung in ihren Ländern, über Verlauf und Probleme des Aufbaus des Sozialismus (...) Sie unterstrichen die Kraft des Einflusses der sozialistischen Ideen, die Bedeutung der Veränderungen in den verbündeten Staaten, die auf die Vervollkommnung und Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft (...) sowie auf die Entwicklung der Demokratie gerichtet sind, um (...) die Grundrechte und –freiheiten des Menschen zu gewährleisten. Sie gehen davon aus, dass es keinerlei universelle Sozialismusmodelle gibt und niemand das Monopol auf die Wahrheit besitzt. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist ein schöpferischer Prozess. Er entwickelt sich in jedem Land entsprechend seinen Bedingungen, Traditionen und Erfordernissen. (...)

Es wurde ebenfalls die Notwendigkeit unterstrichen, die Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechts eines jeden, selbständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen auszuarbeiten, zu entwickeln.“<sup>3</sup>

Das ist ein in vielerlei Hinsicht bemerkenswertes Dokument. Mit der Auffassung, dass es keinerlei universelle Sozialismus-Modelle gäbe und kein Monopol auf Wahrheit, wurden Dogmen des Marxismus-Leninismus beiseite gewischt, die wesentlich zur Legitimation der kommunistischen Diktaturen gedient hatten. Für Auffassungen, wie Gorbatschow sie verkündete, war man unter Stalin erschossen, unter Ulbricht, Honecker und anderen stalinistischen Potentaten eingesperrt worden. Es scheint daher nicht zufällig, dass Honecker eine Gallenkolik erlitt und die Tagung vorzeitig verlassen musste.

Das Kommuniqué ließ noch immer viele Fragen offen, u.a. blieb unklar, ob die neue Freiheit der Mitgliedsstaaten das Recht beinhaltete, den Warschauer Pakt zu verlassen oder gar sich einem neuen Bündnissystem anschließen zu dürfen. Eine Überlegung, die in Ungarn bereits diskutiert wurde. Überhaupt blieben die Menschen in den Paktstaaten vorsichtig gegenüber Moskau. Vor allem in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und

3 Europa Archiv, 20/1989, D 596–660, zit. n. [www.forost.ungarisches-institut.de](http://www.forost.ungarisches-institut.de).

der DDR war die jüngste Vergangenheit noch nicht vergessen. Schöne Worte hatte man aus Moskau oft genug gehört. So hatte Stalin auf dem Höhepunkt des Terrors eine Verfassung verabschieden lassen, in der Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und auch die Unverletzlichkeit der Person garantiert waren.

## Das Ende der SED-Herrschaft

Die Entwicklung in der Sowjetunion, Polen und Ungarn und vor allem die Reden des Generalsekretärs der KPdSU alarmierten die SED-Führung. Die SED reagierte sensibel: Sie verbot im November 1988 die sowjetische Monatszeitschrift *Sputnik* und sowjetische Filme, die begonnen hatten, sich der Aufarbeitung des Stalinismus zu widmen. Damit glaubte sie, ähnliche Entwicklungen wie in den genannten Ländern von vornherein unterbinden und die ohnehin schwache Bürger- und Menschenrechtsbewegung in Schach halten zu können. Von ca. 160 oppositionellen Gruppen mit insgesamt etwa 2.500 Mitgliedern wusste die Staatssicherheit im Juni 1989 zu berichten. Von einer organisierten Opposition waren sie weit entfernt. Ihre demonstrative Friedfertigkeit machte es jedoch schwierig, polizeilich gegen sie vorzugehen. Kerzenlichter waren ihr Kennzeichen, die Kirche ein Schutzschirm. Alle Versuche, diesen Gruppen das Handwerk zu legen, scheiterten. Letztlich waren es aber nicht die Zusammenkünfte und Aktionen dieser Gruppen, die dem Image des SED-Regimes schaden, sondern erst die unverhältnismäßigen Unterdrückungsmaßnahmen der Stasi wie der Überfall auf die Umweltbibliothek und das Vorgehen gegen eine kleine Gruppe, die das weltbekannte Zitat Rosa Luxemburgs von der Freiheit der Andersdenkenden auf Transparenten beschwor.

## Fluchtbewegung

In den Bürger- und Menschenrechtsgruppen versammelten sich Personen, die überwiegend auf eine demokratische Reform des politischen Systems der DDR drängten. Daneben gab es eine weitaus größere Zahl von DDR-Bürgern, die alle Hoffnung auf Verbesserung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in der DDR aufgegeben hatten und die DDR so schnell wie möglich verlassen wollten. Über 100.000 hatten allein bis zum Sommer 1989 Ausreisearträge gestellt, obwohl dies in der Regel mit erheblichen Schikanen seitens des SED-Regimes verbunden war. Ungezählt sind diejenigen, die auf andere Fluchtmöglichkeiten sann. Die jüngste Gewährung von Freiheitsrechten in Polen und Ungarn und die hartnäckige Weigerung der SED, ähnliche Reformen einzuleiten, verstärkte die schon 27 Jahre währende, permanente Demütigung durch das Eingesperrtsein. „Die Erfahrung des Individuums, geachtet oder verachtet zu werden, hatte sich auf die Frage reduziert, reisen zu können.“<sup>4</sup>

Es waren diese Menschen, die – ermutigt durch die Entwicklung in der Sowjetunion, Polen und Ungarn – beschlossen alles auf eine Karte zu setzen, um der SED-Diktatur den

---

4 Günter Schabowski in: Hans-Hermann Hertle/Theo Pirker/Rainer Weinert, „Der Honecker muss weg!“, Protokoll eines Gespräches mit Günter Schabowski am 24. April 1990 in Berlin/West, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 35, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung (weiter zitiert als Berliner Arbeitshefte), Berlin, Juni 1990, S. 39.

Rücken zu kehren. Sie versetzten der SED-Herrschaft den ersten Schlag. Mit Staunen, Hoffnung und Misstrauen dürften sie die Nachrichten aus Ungarn vernommen haben, dass die Sperranlagen beseitigt würden. Zunächst zögerlich machten sich einige, die in Ungarn ihren Urlaub verbrachten, auf den Weg zur Grenze oder in die Botschaft der Bundesrepublik in Budapest. Am 1. August meldete die Tagesschau, dass sich 100 DDR-Bürger in die Botschaft geflüchtet hätten. Wenige Tage später suchten die ersten DDR-Bürger in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag Zuflucht. Bis zum 6. August hatten sich weitere 100 Personen in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin festgesetzt. Gleichzeitig überquerten immer mehr Menschen die ungarische Grenze nach Österreich. Innerhalb von drei Tagen waren es allein über 300 Personen. Sie wurden im Zug nach Frankfurt/Main gebracht. Das Fernsehen zeigte Bilder von übergelücklichen Menschen. Am 19. August nutzten Hunderte ein „Panneuropäisches Picknick“ in Sopron für die Flucht nach Österreich. Ein schier unaufhaltsamer Flüchtlingsstrom begann sich zu entwickeln.

Je größer die Diskrepanz zwischen den demokratischen Entwicklungen in Ungarn und Polen und dem verordneten Stillstand in der DDR wurde, umso unerträglicher mussten die Verhältnisse im eigenen Land erscheinen. Im August, als in der DDR noch alles seinen sozialistischen Gang zu gehen schien, waren in Polen schon freie Wahlen abgehalten worden und der Nichtkommunist Mazowiecki Ministerpräsident geworden.

Immer mehr Menschen versuchten, dem Herrschaftsbereich der SED zu entkommen. Es waren überwiegend gut ausgebildete junge Leute, im Durchschnitt jünger als 27 Jahre, darunter viele junge Familien mit Kindern, die der DDR den Rücken kehrten. Sie alle waren in der DDR geboren und erzogen worden. Jeden Tag waren es Hunderte, die diesen Weg gingen. In der Tagesschau wurde die Frage gestellt: „Wie lange kann die DDR dies verkraften?“ Erstaunlich spät versuchte die SED-Führung, auf ihre ungarischen Genossen Einfluss zu nehmen und die vertraglich vereinbarten Verpflichtungen einzuklagen, flüchtende DDR-Bürger aufzugreifen und an die DDR auszuliefern. Doch Ungarn hatte sich entschieden, den Weg in die Demokratie und nach Westen zu gehen. Am 31. August teilte der ungarische Außenminister Gyula Horn der DDR-Regierung mit, dass für Ungarn durch die DDR-Bürger, die nicht mehr in die DDR zurückgehen wollen, eine „unhaltbare Situation“ entstanden sei, und Ungarn „aus humanitären“ Gründen keine andere Wahl habe, als am 11. September die Grenzen zu öffnen.<sup>5</sup> Versuche der SED, via Moskau durch die Einberufung der Außenministerkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten, Ungarn von diesem Schritt abzuhalten, wurden von Moskau abgelehnt. Die SED war machtlos. Noch fehlte es ihr an der Vorstellungskraft, dass dies das Ende ihrer eigenen Herrschaft und das ihres Staates bedeuten sollte.

Am 10. September verkündete Außenminister Horn im Fernsehen die sensationelle Entscheidung seiner Regierung, ab Mitternacht die Grenzen Ungarns für DDR-Bürger zu öffnen. Dies sei nicht nur eine einmalige Maßnahme, sondern gelte bis auf weiteres. Der „Eimer DDR“ (Biermann) begann auszulaufen, keine Minen und MP-Garben auf unbewaffnete Flüchtlinge konnten dies mehr verhindern. Bis zum Ende des Monats September passierten über 30.000 Menschen die Grenze nach Österreich, und ein Abreißen des Flüchtlingsstroms war nicht abzusehen.

---

5 Vgl. Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genossen Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 109ff.

## Neuformierung der Opposition und allgemeiner Bürgerprotest

Die Fluchtbewegung nahm immer größere Ausmaße an. Das musste auch diejenigen stärken, für die eine Flucht keine Alternative darstellte, sondern die eine Veränderung der DDR-Gesellschaft anstrebten. Obwohl sie die Fluchtbewegung überwiegend missbilligten, verstanden sie die dadurch hervorgerufene Schwächung der SED-Herrschaft zu nutzen.<sup>6</sup>

Innerhalb der oppositionellen Strömungen war die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR ein radikaler Schritt. In ihrem programmatischen Aufruf vom 28. August 1989 stellte sie das Machtmonopol der SED und den DDR-Sozialismus in Frage. Gleichzeitig forderte sie Rechtsstaat und Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft, Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht der Arbeiter. „Die meisten noch verängstigten DDR-Bürger sahen sich angesichts der durch die Sozialdemokraten gestellten Machtfrage überfordert.“<sup>7</sup>

Vorsichtiger agierten die Gründer des Neuen Forums. Sie dachten streng legalistisch, forderten die Einhaltung allgemeiner Werte wie „Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur“ und waren beherrscht vom Misstrauen gegenüber jeglicher Parteipolitik. Sie lehnten bewusst eine Parteigründung ab und setzten auf eine eher basis- bzw. versammlungsdemokratische Politik- und Organisationsform. Die am 9. September gegründete Organisation wurde für kurze Zeit zum weitaus größten und bedeutendsten oppositionellen Sammelpunkt. Das von ihr praktizierte gewaltfreie Versammeln, Diskutieren und Demonstrieren im öffentlichen Raum gehörte zum wirkungsvollsten Mittel der Zerstörung der SED-Macht.<sup>8</sup>

Fluchtbewegung, Neuformierung der Bürgerbewegung und Verbreiterung des gesellschaftlichen Protestes gingen nun Hand in Hand. Am Montag, dem 4. September, kam es in Leipzig unmittelbar nach Eröffnung der Herbstmesse im Anschluss an das „Friedensgebet“ zur ersten größeren Demonstration von mehreren hundert Menschen. Unter die Sprechchöre „Wir wollen raus“ mischten sich jetzt erstmals auch die Rufe „Wir bleiben hier“. Damit war der erste Schritt zum selbstbewussten Aufstand gegen die SED getan. Am 25. September demonstrierten bereits über 6.000 Menschen nach dem montäglichen Friedensgebet. Mit diesen Menschen musste sich die SED auseinandersetzen. Noch glaubte sie, die Menschen mit massivem Polizeieinsatz und Verhaftungen einschüchtern zu können. Doch sie provozierte damit nur die Verbreiterung des Protestes. Immer mehr Bürger begannen, auf die Straße zu gehen.

Noch bestimmten die Flüchtlinge die Dynamik der Entwicklung und die Aufmerksamkeit der Politik. Nachdem die SED keine weiteren Genehmigungen für Ungarnreisen erteilte, verlagerte sich der Kern des Geschehens nach Prag. Die dortige bundesrepublikanische Botschaft war schon seit dem 23. August geschlossen. Doch die DDR-Bürger ließen sich dadurch nicht abhalten und verschafften sich Zutritt auf das Gelände. Bis zum 26. September stieg die Zahl der „Besetzer“ auf über 1.000 und vier Tage später bereits auf über 6.000.

Honecker befand sich in einer misslichen Situation. Schon jetzt verhagelten ihm die Bilder aus Prag und Ungarn die Vorfreude auf die Feierlichkeiten zum Jubiläum des 40. Jahrestages der DDR. Er sah sich schließlich gezwungen, die Ausreise der Botschafts-

6 Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 386.

7 Erhart Neubert, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008, S. 77.

8 Vgl. ebd., S. 78ff.

flüchtlinge zu gestatten. Doch kaum waren die Flüchtlinge abgereist, füllte sich die Botschaft wieder. Erneut musste Honecker in ihre Ausreise einwilligen. Jetzt schloss die SED-Führung die Grenze zur CSSR. Dies steigerte die Verzweiflung und den Mut derjenigen, die es nicht mehr nach Ungarn oder in die CSSR geschafft hatten. In Dresden versuchten sie, auf die Transitzüge in den Westen aufzuspringen. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

## Wirtschaftsbankrott

Die von Honecker propagierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sollte den Wohlstand der „Werkstätigen“ garantieren. Doch das Zurückbleiben der Produktivität, die Abnahme der Investitionen, der zunehmende Verschleiß und die Überalterung der Anlagen führten von Beginn an dazu, dass die DDR über ihre Verhältnisse lebte. Anfangs glaubte sie, dies mit Krediten aus dem Ausland ausgleichen zu können. Laut Einschätzung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission (SPK) Gerhard Schürer stand die DDR dabei schon immer am „Rande der Zahlungsunfähigkeit“.<sup>9</sup> Diese Situation eskalierte 1988. Schürer wollte dem Staatsratsvorsitzenden mitteilen, dass die DDR „pleite geht“, wenn nicht einschneidende Maßnahmen ergriffen würden. Zu dieser offenen Aussprache kam es nicht mehr.<sup>10</sup>

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Kreditaufnahme schon ausschließlich dazu verwandt, die Zinsen der alten Kredite zu begleichen. Dieses Verfahren konnte nicht endlos weitergeführt werden. Hilfe von den sozialistischen Bruderländern war nicht zu erwarten. Diese hatten vergleichbare, wenn nicht sogar noch größere Schwierigkeiten. Es blieb nur ein politischer Handel mit der Bundesrepublik oder ein Austerity-Programm für die Bevölkerung. Beides schien Honecker undurchführbar. Er vertagte die Lösung des Problems.

Ein Jahr später hatte sich die ökonomische Zwangslage weiter zugespitzt. Die erste Amtshandlung von Egon Krenz als Generalsekretär war, nachdem er und seine Freunde Honecker am 17. Oktober 1989 gestürzt hatten, Schürer mit der Erstellung einer schonungslosen Bestandsaufnahme zu beauftragen. Dessen Bericht ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Schulden waren auf 20 Milliarden Dollar angewachsen, der DDR drohte die Zahlungsunfähigkeit. Dies bedeutete nach Einschätzung Schürers Folgendes:

„Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre (sic!) ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u.ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, den (sic!) Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden. Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird.“<sup>11</sup>

9 Protokoll eines Gesprächs über den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft mit Gerhard Schürer, ehem. Mitglied des Politbüros, des ZK der SED und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, am 9. August 1991 in Berlin, Berliner Arbeitshefte Nr. 63, August 1991.

10 Ebd., S. 18.

11 Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989, zit.n.: [www.chronik-der-mauer.de](http://www.chronik-der-mauer.de).

Zunächst hoffte die SED auf die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung. Zu diesem Zweck schickte Krenz den Fachmann für Devisen- und Kreditbeschaffung im Westen Alexander Schalck-Golodkowski am 24. Oktober 1989 nach Bonn. Die Bonner verhielten sich hinhaltend und machten keine Zusagen.

Am 1. November fuhr Krenz nach Moskau zu Gorbatschow und schilderte ihm die katastrophale Lage. Zwar zeigte sich dieser davon beeindruckt, doch statt Zusagen für wirtschaftliche Hilfe gab er den kostenneutralen Ratschlag, die Führung der SED „müsse jetzt in allgemeiner Form einen Weg finden, um der Bevölkerung mitzuteilen, dass man in den letzten Jahren über seine Verhältnisse gelebt habe.“<sup>12</sup> Krenz musste mit leeren Händen aus Moskau zurückkehren.

Zu diesem Zeitpunkt war sich Bundeskanzler Kohl über die Bedingungen klar geworden, zu welchen er der SED finanzielle Unterstützung gewähren würde. Er wollte, dass Krenz öffentlich erkläre, „dass die DDR bereit sei, die Zulassung von oppositionellen Gruppen und die Zusage von freien Wahlen in zu erklärenden Zeiträumen zu gewährleisten“ und dass die SED auf ihren „absoluten Führungsanspruch“ verzichte.<sup>13</sup>

## Der 9. November

Während die politische Führungsspitze versuchte, die ökonomische Misere in den Griff zu bekommen, hielt die Dynamik der Fluchtbewegung und der Oppositions- und Demonstrationenbewegung unvermindert an. Daran hatte auch die Ablösung von Honecker und seinen zwei engsten Vertrauten Mittag und Hermann nichts geändert. Es war – wie sich zeigen sollte – ein vergeblicher Versuch, Sündenböcke zu kreieren, um die SED an der Macht zu halten. Krenz als neuer Generalsekretär und ab 24. Oktober auch als Staatsratsvorsitzender war wenig geeignet, Vertrauen zu wecken. Am 16. Oktober demonstrierten in Leipzig bereits 120.000 Menschen. „In der Woche vom 23. bis 30. Oktober waren es DDR-weit mit 140 Demonstrationen schon 540.000 Teilnehmer.“<sup>14</sup> Am 6. November demonstrierten allein in Leipzig 400.000 Menschen.

Zwei Tage vorher, am 4. November, fand in Berlin eine Demonstration mit einer halben Million Teilnehmern statt. Die Bürger der DDR erkannten ihre Macht und die Schwäche der SED. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass weder die Wortführer der Bürgerbewegung noch die Wendehals-Kommunisten eine Lösung für die angehäuften Probleme der DDR hatten. Die Aufforderung an die Menschen, zu bleiben und ein neues sozialistisches Experiment zu wagen, weckte keine Hoffnung, sondern verstärkte die Furcht. Der Tag auf dem Alexanderplatz, der Tag der größten Demonstration gegen das SED-Regime, war gleichzeitig ein Tag, an dem sich tausende DDR-Bürger über die CSSR auf den Weg in die Bundesrepublik machten. Diejenigen, die im Land bleiben wollten oder mussten begannen, die Solidarität ihrer „Brüder und Schwestern“ im Westen einzuklagen, die ein so viel besseres Los nach 1945 gezogen hatten. Sie ahnten, dass die

---

12 Niederschrift des Gesprächs von Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 1. November 1989 in Moskau, zit. n.: Stephan, a.a.O., S. 208.

13 Zit. n.: Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996, S. 108.

14 Ehrhart Neubert, a.a.O., S. 165.

nötige Solidarität, um die DDR-Gesellschaft auf das materielle Niveau der Bundesrepublik zu heben, nur in einem geeinten Deutschland aufgebracht werden konnte.

Am 1. November hatte die DDR die Visumpflicht für die CSSR wieder aufgehoben. Am 4. November öffnete die CSSR ihre Grenzen zur Bundesrepublik. Die Grenze der DDR zur Bundesrepublik und zu West-Berlin hatte ihren Sinn verloren. Über das Wochenende vom 4./5. November verließen 23.200 DDR-Bürger via CSSR ihre Heimat. Christa Wolf appellierte im Fernsehen, die Menschen mögen doch bitte bleiben. Am 6. November veröffentlichte das ND einen bürokratischen und halbherzigen Reisegesetzentwurf und entfachte damit nur neuen Protest. Die SED-Führung stand mit dem Rücken zur Wand. Am 7. November entschied das Politbüro, dass für die „ständige Ausreise“ eine Durchführungsbestimmung sofort in Kraft zu setzen sei. Am 8. November „bat“ die CSSR die DDR, „die Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD direkt und nicht über das Territorium der CSSR abzuwickeln“.<sup>15</sup>

Derweilen zerfiel die SED. Erich Mielke berichtete, es lägen Hinweise „über eine erhebliche Zunahme von Parteiaustritten, besonders aus dem Bereich der materiellen Produktion, aus allen Bezirken der DDR und der Hauptstadt der DDR, Berlin, vor.“<sup>16</sup> Mächtige Bezirkssekretäre und kleinere Würdenträger der SED mussten zurücktreten. Noch vor Beginn der ZK-Sitzung am 8. November waren weitere Politbüromitglieder, wie der Stasi-Chef Mielke und der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch, zurückgetreten.

Vom 8. bis 10. November versammelte sich die SED zu ihrem ZK-Plenum. Zum Auftakt hielt Krenz ganz im Stil vergangener Zeiten ein stundenlanges Grundsatzreferat, dessen Hauptinhalt die schonungslose Offenlegung der katastrophalen ökonomischen Lage der DDR sein sollte. Er sprach vom problematischen Zustand von rund einer Million Wohnungen in privaten städtischen Mietshäusern. In Görlitz, Meißen, Brandenburg und Leipzig sei der „Erhaltungszustand von Teilbereichen dieser Städte“ sogar besorgniserregend. Tausende Wohnungen seien nicht mehr bewohnbar. Das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion, zwischen Zuliefererindustrie und Finalproduktion sei „aus dem Lot“ geraten und die Technik verschlissen. Ein ausgeglichener Haushalt sei nur deshalb zustande gekommen, weil er mit Krediten finanziert sei. Das Prinzip, „wonach nur verbraucht werden kann, was vorher erwirtschaftet wurde“, sei verletzt worden. Die Delegierten waren schockiert. Dabei hatten sie noch nicht einmal die ganze Wahrheit erfahren. Die 20 Milliarden Dollar Schulden im „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) verschwieg Krenz. Auch die Tatsache, dass die DDR vor der Zahlungsunfähigkeit und dem Staatsbankrott stand, blieb unerwähnt. Krenz verbreitete wider besseres Wissen die Zuversicht, das Problem lösen zu können. Der Export sollte erhöht werden, um mit dem Erlös Zinsen bedienen und Kredite tilgen zu können. Eine Kürzung des Lebensstandards schloss er indes aus. Unbeirrt sprach er davon, dass die genannten Schwierigkeiten „kein Beweis für das Scheitern der Planwirtschaft“ seien.<sup>17</sup>

Die Delegierten der chaotisch verlaufenden ZK-Tagung füllten dann en passant am 9. November eine historische Entscheidung: Sie stimmten außerhalb der Tagesordnung und ohne große Debatte der vom Politbüro vorgeschlagenen Durchführungsbestimmung für die „ständige Ausreise“ zu. Darin hieß es: „Ab sofort“ könnten „Reisen und ständige

15 Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls, a.a.O., S. 114.

16 „Ich liebe euch doch alle...“, Befehle und Lageberichte des MfS, Januar-November 1989, hrsg. von Armin Mitter und Stefan Wolle, Berlin 1990, S. 149.

17 Vgl.: Egon Krenz, 10. Tagung des Zentralkomitees der SED, 8. – 10. November 1989, zit.n.: [www.2plus4.de](http://www.2plus4.de).

Ausreisen aus der DDR in das Ausland“ ohne Vorliegen von Voraussetzungen beantragt werden, und Genehmigungen würden „kurzfristig erteilt.“

Zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, unausweichlich geworden. Täglich strömten über 10.000 DDR-Bürger über die offene Grenze der CSSR in die Bundesrepublik. Nur in diesem Kontext ergeben die Worte „ab sofort“ in der Beschlussvorlage einen Sinn.

Erst die missglückte Bekanntmachung dieser Entscheidung durch Schabowski ermöglichte, dass die Maueröffnung am 9. November als das erscheinen konnte, was sie war: eine von den Bürgern der DDR erzwungene Maßnahme. Die SED wollte aus sichtbarer Bedrängnis heraus den Bürgern die Reisefreiheit gestatten, die Bürger der DDR nahmen sich die Freiheit selbst und schleiften die Mauer.<sup>18</sup> Etwas Unvorstellbares war geschehen.

„Ich kriege heute noch eine Gänsehaut, wenn ich mir die Fernsehbilder vergegenwärtige. Wenn ich morgens auf den Fernschknopf gedrückt habe und sah, dass die Mauer offen war, hatte ich manchmal das Gefühl zu träumen. Das alles war meiner Meinung nach nicht fassbar.“<sup>19</sup>

Die ZK-Delegierten setzten am nächsten Tag ihre Tagung fort, als wäre nichts geschehen. Kein Delegierter nahm auf die nächtliche Maueröffnung mit ihren unvergesslichen Bildern auch nur mit einem Wort Bezug. Währenddessen feierten die DDR-Bürger zusammen mit ihren bundesdeutschen „Brüdern und Schwestern“ das Ende der SED-Herrschaft und die Überwindung einer menschenverachtenden Grenze.

## Deutschland einig Vaterland

Nur vereinzelt war vor dem 9. November die Forderung nach deutscher Einheit zu hören gewesen. Als mit dem Fall der Mauer das Unwahrscheinliche geschah, schlug die Stimmung um. Aus „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk.“ Zum ersten Mal ertönte auf der Montagsdemonstration in Leipzig der Ruf „Deutschland einig Vaterland“. Zwei Wochen später war daraus die zentrale Parole der Demonstranten geworden.

---

18 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls, a.a.O., S. 141ff.

19 Interview mit Jutta Schmidt vom 26. Februar 1992, Dokumentation, S. 369.



## 2. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)

### Gewerkschaft als kommunistische Massenorganisation

Der FDGB war die wichtigste „Massenorganisation“ der SED. Er war erklärtermaßen keine unabhängige und freie Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten, sondern hatte sich willentlich der Führung der SED unterworfen und dies auch in seiner Satzung freudig bekundet. Wie das praktisch auf personaler Ebene funktionierte, beschreibt der Vorsitzende des FDGB Harry Tisch wie folgt:

„Ich war Mitglied des Politbüros, der Vorsitzende des FDGB im Bezirk war Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung. Im Kreis war der Kreisvorsitzende des FDGB Mitglied des Sekretariats der Kreisleitung der Partei. Dadurch waren die Funktionäre eingeordnet in die Parteilinie und die Parteibeschlüsse waren bindend für mich, ich hatte den Parteibeschluss in der Gewerkschaft umzusetzen. Das wurde auch von mir erwartet, sonst wäre ich gar nicht im Politbüro gewesen.“<sup>1</sup>

„Massenorganisation“ war eine im Dogmengebäude des Marxismus-Leninismus verankerte Art von Hilfsorganisation für die Kommunistische Partei. Welche Funktion sie hatte, verdeutlicht Lenins Metapher vom „Transmissionsriemen“ immer noch anschaulich. Es galt das Prinzip der „führenden Rolle der Partei“ und das Prinzip von Befehl und Gehorsam, „demokratischer Zentralismus“ genannt. Es ging um die Aufrechterhaltung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei auf allen Ebenen. In diesem Denken und in den davon geschaffenen Strukturen ging es immer um Führung, Anleitung und Kontrolle. Es störte Kommunisten, die Lenin und Stalin bewunderten, nicht, dass dies im Widerspruch zur ideologischen Verherrlichung der Arbeiterklasse in der Marxschen Geschichtsphilosophie stand. Damit alles reibungslos im Sinne der Partei funktionierte, hatte die strikte Befolgung der „Parteidisziplin“ oberste Priorität. Alle Zweifel hatten hier ein Ende. Dahinter stand die Erfahrung von Jahrzehnten leninistischer und stalinistischer Praxis. Unzählige Opfer sind auf dem Altar dieser Disziplin erbracht worden. Die Folgen waren zerstörerisch und oft auch selbstzerstörerisch. Häufig wurde die geforderte Verleugnung der eigenen Überzeugung als „sacrificium intellectus“ beschrieben. Besonders wenn es Intellektuelle wie z. B. Lukács und Bloch betraf. „Opfer“ klingt dabei zu sehr nach Weihrauch. Vielfach ging es nicht um intellektuelle Opfer, sondern schlicht nur um Opportunismus und Angst. Zu Stalins Zeiten gingen diejenigen, die diese „Opfer“ brachten, oft über Leichen. Dennoch waren Millionen Kommunisten, wie auch Harry Tisch, davon überzeugt, dass ihr System „richtig“ sei.<sup>2</sup>

Seit der Zwangsvereinigung von KPD und SED galten die stalinistischen Verhaltensnormen auch für viele ehemalige sozialdemokratische Gewerkschafter. Als sie im Auftrag der SED die Umwandlung der Gewerkschaften in eine abhängige Hilfsorganisation der Partei betreiben mussten, wurden sie vor die Wahl gestellt, ihre Überzeugung zu verleugnen oder den Bruch mit der SED zu vollziehen. Für Funktionäre war Letzteres nur

---

1 Gespräch mit Harry Tisch, Berlin, 9.12.1993, in: Theo Pirker, et al., Der Plan als Befehl und Fiktion, Opladen 1995, S. 137.

2 Ebd., S. 120.

unter Gefahr für Leib und Leben möglich. Nicht wenige wurden eingesperrt, viele gingen in den Westen.

Am Anfang hielten es die Kommunisten noch für geboten, den FDGB, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, als Einheitsgewerkschaft erscheinen zu lassen. Also als eine überparteiliche und parteiunabhängige Gewerkschaft. Besonders das Prädikat *frei* im Namen – es hatte sich schon vor der Jahrhundertwende (1900) als Bezeichnung für sozialdemokratische Gewerkschaften im Unterschied zu den christlichen und liberalen eingebürgert und wurde so bis zum Ende der Weimarer Republik verwandt – sollte nun eine deutliche Abkehr von der Zwangsorganisation DAF der Nazis und dem stalinistischen Konzept der RGO signalisieren sowie überhaupt demokratische Absichten bekunden. Vertreter von Parteien und Repräsentanten der vier Gewerkschaftsrichtungen, Sozialdemokraten, Christlich-Soziale, Liberale und Kommunisten, erließen am 15. Juni 1945 den Gründungsauftrag für den „Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften“.<sup>3</sup> Doch schon vor dem Gründungskongress des FDGB im Februar 1946 hatten KPD und SPD abgesprochen, den FDGB als untergeordnete Organisation der SED zu führen. Bernhard Göring, vormaliges Mitglied im Bundesvorstand des AfA-Bundes und zukünftiger 2. Vorsitzender des FDGB, fasste die Absprache wie folgt zusammen:

„Wenn ich dann am Rande sage: das bedeutet, dass wir (als Gewerkschafter, M.S.) Befehlsempfänger sind, so möchte ich unterstreichen, dass das die Auffassung der beiden politischen Parteien und der künftigen Arbeiterpartei ist.“<sup>4</sup>

Nach außen führte die SED den FDGB noch eine Zeitlang als Einheitsgewerkschaft und benutzte dabei die Vertreter der ehemals christlichen (Jakob Kaiser) und liberalen (Ernst Lemmer) Richtungsgewerkschaften im FDGB-Bundesvorstand als Aushängeschilder.<sup>5</sup> Als die SED entschied, gemäß sowjetischem Vorbild den Sozialismus in der DDR aufzubauen, bedurfte es der Tarnkappe Einheitsgewerkschaft nicht mehr. Der FDGB bekannte sich auf seinem Kongress 1950 „zur führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei“.<sup>6</sup>

Dem FDGB wurde die Aufgabe zugewiesen, im Dienste und im Auftrag der Partei vor allem die ideologische Bearbeitung seiner Mitglieder zu betreiben. Diese sollte er auf die Diktatur der SED einschwören und dabei das Feindbild des Kapitalismus und Imperialismus im Allgemeinen und das der Bundesrepublik im Besonderen pflegen. Er lehrte seine Mitglieder, die „bürgerliche“ Demokratie zu verachten.

## Gewerkschaft als Interessenvertretung des Unternehmers

Gebraucht wurde der FDGB im System der sozialistischen Planwirtschaft vor allem für die Umsetzung der zentralen Volkswirtschaftspläne. Er betrieb Propaganda für die von der SED vorgegebenen Normen und sollte damit die Arbeitsmoral der Beschäftigten stärken. Im Arbeitsgesetzbuch (AGB) wurde seine Aufgabe wie folgt festgeschrieben:

3 Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin, zit.n.: Geschichte des FDGB, a.a.O., S. 171.

4 Stenographische Niederschrift der Sechziger Konferenz am 20./21. Dezember 1945 in Berlin, zit. n.: Gert Gruber/Manfred Wilke (Hrsg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit, München 1981, S. 185.

5 Vgl. Manfred Scharrer, Die Anfänge des FDGB, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2'92.

6 Zit. n.: Geschichte des FDGB, Hg. Bundesvorstand des FDGB, Berlin (DDR) 1982, S. 361.

„Der sozialistische Wettbewerb ist auf die Erfüllung und gezielte Überbietung der Volkswirtschaftspläne gerichtet, die von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Effektivität der Produktion sind. Er dient der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und der Herausbildung einer sozialistischen Lebensweise. Mit dem sozialistischen Wettbewerb lenken die Gewerkschaften die Initiative der Werktätigen darauf, die Intensivierung der Produktion zu vertiefen, die Produktions- und Effektivitätsziele des Planes allseitig zu erfüllen und weitere Reserven für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erschließen. Dazu richten sie die Wettbewerbsziele vor allem auf die Beschleunigung des wissenschaftlichtechnischen Fortschritts, auf die sozialistische Rationalisierung, rationelle Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, hohe Qualitätsarbeit, den sparsamen Einsatz von Material, Energie, Roh- und Hilfsstoffen, die Senkung der Kosten sowie auf die Festigung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit.“<sup>7</sup>

Klarer lässt sich die Umwidmung einer Gewerkschaft, die ihrem Begriff nach die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten hatte, in eine Organisation, die nunmehr die Interessen des staatlichen Monopolunternehmers gegen die weiterhin abhängig Beschäftigten vertrat, nicht formulieren. In dieser Funktion, der Legitimierung der staatlichen Vorgaben durch die Zustimmung der Gewerkschaften, liegt die Wehrlosigkeit der abhängig Beschäftigten in der DDR begründet. Die Gewerkschaften waren dem Diktat der Partei unterworfen und setzten ihren gewaltigen Apparat für die Organisation von Zustimmung für die SED und den Staat ein. Dies blieb bei den Betroffenen nicht unbemerkt und provozierte Widerstand. Anfangs sammelte er sich in den Betriebsräten. Diese wurden demokratisch von allen Beschäftigten gewählt und waren ihnen gegenüber verantwortlich. Bei den Betriebsratswahlen 1948 zeichnete sich ab, dass die FDGB-Kandidaten eine Schlappe erleiden würden. Daraufhin beschloss die SED die Zerschlagung der Betriebsräte. Sie brauchte in den Betrieben für die Durchsetzung ihrer Wirtschaftspolitik im System des zentralen Volkswirtschaftsplans eine ihr ergebene Organisation. Dazu eigneten sich die betrieblichen Gewerkschaftsgliederungen, die – anders als die Betriebsräte – den Weisungen des FDGB und damit der SED unterworfen waren. Auf der Bitterfelder Funktionärskonferenz des FDGB am 25./26. November 1948 wurden formal „alle Rechte und Pflichten“ der Betriebsräte auf die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) übertragen. Seit diesem Zeitpunkt waren die abhängig Beschäftigten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR ohne wirkliche Interessenvertretung und ohne wirkliche Schutzorganisation.

Spätestens seit dem 17. Juni 1953 konnte dieser Sachverhalt kaum mehr übersehen werden. Der 17. Juni begann als Streik der Berliner Bauarbeiter gegen eine verordnete Normerhöhung, die faktisch einer Lohnkürzung gleichkam, und als Protest gegen den FDGB, der dieser Normerhöhung zugestimmt hatte. Der Streik mündete in einem Aufstand gegen die SED-Herrschaft. Die Rote Armee griff daraufhin mit Panzern und Maschinengewehren ein. Die Ohnmachtserfahrung der Menschen in der DDR war überwältigend. Jeder wusste nun um seine Rechtlosigkeit. Der FDGB wurde fortan als Hilfsorganisation und Sprachrohr der SED-Herrschaft hingenommen.

## Gewerkschaft als Interessenvertretung abhängig Beschäftigter

Eine freie Gewerkschaft zu sein, wie es der Name FDGB suggerierte, nahm dieser Organisation niemand mehr ab. Gleichwohl wurde ein riesiger Aufwand betrieben, um gerade

---

7 AGB, § 32,2.

diesen Anschein zu erwecken. Der FDGB wurde dargestellt, als würde er die klassische gewerkschaftliche Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder auszuhandeln, wahrnehmen. In der DDR wurden Löhne und Gehälter, Arbeitszeit, Urlaubsansprüche, Eingruppierung, Erschwerniszulagen etc. sowohl für Wirtschaftsbereiche als auch für Berufsgruppen in sogenannten Rahmenkollektivverträgen (RKV) festgelegt. Auf betrieblicher Ebene kamen Betriebskollektivverträge (BKV) hinzu, die jedoch den Rahmenkollektivverträgen untergeordnet waren. Der FDGB hatte bei beiden ein Mitspracherecht. Für die RKV war im Arbeitsgesetzbuch (AGB) festgelegt:

„Die Minister und die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane haben gemeinsam mit den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften für die Werktätigen ihrer Verantwortungsbereiche die notwendigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen in Rahmenkollektivverträgen zu vereinbaren.“<sup>8</sup>

Die Entscheidung, ob eine Vereinbarung rechtskräftig wurde, lag indes einseitig bei dem „zentralen Staatsorgan“, d.h. beim zuständigen Ministerium. Dieses achtete darauf, dass die Festlegungen nicht im Widerspruch zu anderen gesetzlichen Bestimmungen der DDR standen.

Der FDGB hatte im Kernbereich gewerkschaftlicher Interessenvertretung damit nur ein Mitspracherecht, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht. Er war kein selbständiger Tarifpartner. Tarifautonomie gab es nicht und folglich auch kein Streikrecht. Die Rahmenkollektivverträge wurden in der *Tribüne* noch im Januar 1990 zustimmend als „Ausdruck des demokratischen Zentralismus auf dem Gebiet des sozialistischen Wettbewerbs“<sup>9</sup> bezeichnet.

Der Rahmenkollektivvertrag (RKV) galt unbefristet. Notwendige Änderungen wurden in Nachträgen vorgenommen. So war z.B. der RKV für die Eisenbahner „in der Fassung des 51. Nachtrages rechtswirksam.“<sup>10</sup> Aufgrund der Vielzahl der Nachträge herrschte eine erhebliche Unübersichtlichkeit über die jeweils geltenden Bestimmungen. Hinzu kam die oft undurchsichtige Verschränkung von Bereichs- und Berufsgruppenverträgen innerhalb desselben RKV. Allein für den Transportbereich galten elf unterschiedliche Rahmenkollektivverträge. Hier kam es immer wieder zu Konflikten zwischen Beschäftigten und Betriebsleitungen, gerade was die Eingruppierung betraf, die man in „Schiedskommissionen“ zu schlichten versuchte.

Die Rahmenkollektivverträge waren die wichtigste Rechtsvorschrift für jeden betrieblichen Gewerkschaftsfunktionär. U.a. war hier der Mindesttariflohn festgelegt. Die tatsächlichen Löhne wurden – laut AGB – jedoch auf betrieblicher Ebene unter Beteiligung der BGL in Form von jährlichen Betriebskollektivverträgen (BKV) ausgehandelt. Der Lohn bestand mithin aus dem im RKV geregelten Mindest-Tariflohn und den betrieblich festgelegten kollektiven und individuellen Prämien im Rahmen der BKV. Die Differenz zwischen beiden Lohnanteilen war erheblich. Im Produktionsbereich sollen die Mindest-Tariflöhne teilweise nur 40% des tatsächlichen Einkommens betragen haben. Theoretisch hätte in diesem Bereich ein breiter Gestaltungsspielraum für die betriebliche Gewerkschaftsarbeit bestanden. Tatsächlich gab es für die BGL jedoch auch hier nichts zu verhandeln. In den Planvorgaben für den Betrieb war die Höhe des betrieblichen Lohn- und Prämienfonds bereits durch die SED festgelegt. Betriebsleiter und BGL bestätigten im BKV nur ihren Willen, den Plan zu erfüllen, bzw. die Gewerkschaft versuchte

8 AGB, § 10,2.

9 *Tribüne* vom 17. Januar 1990.

10 Informationsblatt des Zentralvorstandes Transport- und Nachrichtenwesen, 5'89, S. 7.

„gleichsam, den bereits erteilten ‚Planbefehl‘ nachträglich in eine Willensentscheidung der Belegschaft umzusetzen, um die Anordnung von oben als Initiative von unten zu wiederholen.“<sup>11</sup>

Darüber hinaus sorgte das durch die SED kontrollierte Dreigestirn BGL, Betriebsparteileitung und Betriebsleiter dafür, dass es nicht zu Widersprüchen zwischen den verschiedenen Ebenen oder zu Eigenmächtigkeiten der Betriebe kommen konnte. Die BGL-Vorsitzenden waren in der Regel Parteimitglieder und in Personalunion Mitglied der betrieblichen Parteileitung. Die Aufgabe der BGL und des FDGB bestand nicht darin, die Beschäftigten gegen die Beschlüsse der Partei zu mobilisieren, sondern ihre Zustimmung für die Beschlüsse der Partei bzw. des Staates zu sichern.

Sinn und Zweck der Prämie war nicht, im Interesse der Beschäftigten eine Lohnerhöhung zu erreichen, sondern im Interesse des Betriebs oder der Einrichtung, genauer der Planerfüllung, die Arbeitsleistung zu stimulieren. Für diesen Zusammenhang steht der Name des Bergmanns Adolf Hennecke, der die Norm um 387% „übererfüllte“. Der FDGB ließ sich auch hier für die Interessen des staatlichen Unternehmers missbrauchen:

„Zur materiellen Stimulierung und Anerkennung hoher individueller und kollektiver Leistungen bei der Erfüllung und gezielten Überbietung der Volkswirtschaftspläne im sozialistischen Wettbewerb, vor allem bei der Intensivierung der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Erhöhung der Qualität und Effektivität der Arbeit, der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, werden den Werktätigen Prämien aus dem Prämienfonds entsprechend den dafür geltenden Rechtsvorschriften gewährt.“<sup>12</sup>

Es gab eine Vielzahl von Prämien: auftragsgebundene Prämien, Initiativprämien und Zielprämien. Unter ihnen nahm die „Jahresendprämie“ einen herausragenden Stellenwert ein. Es gab auch attraktive individuelle Auszeichnungen wie z.B. „Verdienter Arzt des Volkes.“ Der so Geehrte erhielt noch im Frühjahr 1990 eine Prämie von immerhin 7.000 Mark.

Diese Zahlungen wurden, da der Prämienfonds vorgegeben war, nicht als Ergebnis gewerkschaftlichen Handelns erkannt und anerkannt.

Die Festlegung der Tarife durch RKV und BKV stand im Schatten eines verordneten jährlichen Großereignisses, der Diskussion über die Volkswirtschaftspläne. Hier wurden die Kennziffern festgelegt, die u.a. auch über die Höhe des Lohnfonds bis hinunter zu den einzelnen Betrieben und Einrichtungen entschieden. Aufgabe des FDGB war es, diese Diskussion zu organisieren. Tausende Versammlungen fanden statt, noch mehr Vorschläge wurden gemacht. Es sollte der Eindruck einer demokratischen Mitwirkung entstehen. Die Logik einer zentralen Planwirtschaft, einer Kommandowirtschaft, wie sie von der SED selbst seit Oktober bezeichnet wurde, folgte jedoch anderen Kriterien. Die Plan Diskussion an der Basis, in den Betrieben, war ein Ritual. Frustration bei Mitgliedern, aber auch bei den Funktionären, die dieses Ritual befolgen mussten, war – auch wenn sie es durchschauten und nicht ernst nahmen – unvermeidlich:

„Die Plandiskussionen, die gemacht wurden, gingen ja immer direkt über die Bezirke, und da wurde gesagt, die Lohnentwicklung geht nicht. Es gab erhebliche Unruhe, weil es große Differenzen in einem Großbetrieb gab bei der Bezahlung. Solche Dinge wurden diskutiert. Kann

11 Hartmut Zimmermann, Der FDGB als Massenorganisation und seine Aufgaben bei der Erfüllung der betrieblichen Wirtschaftspläne, in: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, hrsg. von Peter Christian Ludz, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8, Köln 1964, S. 130.

12 AGB, § 116,1.

man da was unternehmen, können wir als Gewerkschaften was tun? Wir mussten in den BGLen – theoretisch zumindest – diesen Plan unterschreiben. Wir haben als Rostocker in der Vergangenheit, in den letzten zwei Jahren, `87 und `88, dem Plan nicht zugestimmt. Da gab es auf der Parteiebene viel Ärger. Es hat nichts bewirkt, das muss man eindeutig sagen. Ob die Unterschrift darunter war oder nicht, es wurde sowieso anders gemacht, aber zumindest war dieses demokratische Mäntelchen nicht mehr da.“<sup>13</sup>

Gleichwohl scheint die Betriebsebene noch am ehesten der Ort gewesen zu sein, an dem gewerkschaftliches Engagement im Interesse der Beschäftigten möglich war. Besonders bei kleineren Konflikten im betrieblichen Alltag, bei ungerecht empfundener Behandlung durch den Vorgesetzten, bei Einstufung, Prämien, Zulagen, Urlaub, Freistellung und der Zuteilung von Ferienplätzen dienten die Vertreter des FDGB auf betrieblicher Ebene als Ansprechpartner. Viele der meist ehrenamtlichen FDGB-Funktionäre versuchten, sich in den dafür vorgesehenen „Konfliktkommissionen“ um die Belange der Beschäftigten zu kümmern.

## Gewerkschaft als Feriendienst

Betrachtet man nur die Hilfsfunktionen des FDGB für die SED und seine beschränkte Funktion als Gewerkschaft, dann bleibt unerklärlich, warum über Jahrzehnte hinweg knapp 100% der abhängig Beschäftigten Mitglieder in dieser Organisation waren. Nachvollziehbar wird dies erst, wenn man seine drei anderen Hauptfunktionen beachtet: Der FDGB verwaltete die Sozialversicherung, d.h. er konnte bei der Vergabe von Kurplätzen mitreden, er hatte die Bewilligungskompetenz bei Heil- und Hilfsmitteln, und er betätigte sich als Wohnungsvermittlung. Vor allem aber war er das Monopolreiseunternehmen der DDR und Besitzer der Ferienheime. Ein Ferienplatz war gerade nach dem Bau der Mauer ein besonders wertvolles und knapp bemessenes Gut. Um überhaupt die Chance auf einen Ferienplatz zu bekommen, war die Mitgliedschaft im FDGB die Mindestvoraussetzung. Doch durch das nie ausreichend vorhandene Angebot gab es immer Ärger. Es war für viele eine zusätzliche Demütigung, für Urlaubsplätze in einem FDGB-Ferienheim anstehen zu müssen und dabei nicht einmal über das Wann und das Wohin mitentscheiden zu können. Umgekehrt war in der BGL der

„Posten des Feriendienstes (...) ziemlich verpönt, weil die Nachfrage viel größer war als wir Plätze anbieten konnten. Damit hatte man, wie auch im Wohnungswesen, genauso viele Feinde wie Freunde. Einen Ferienplatz konnten wir vermitteln und zehn mussten wir ablehnen.“<sup>14</sup>

Hinzu kam das Wissen um die Privilegierung von einigen wenigen Glücklichen, die einen Auslandsferienplatz oder gar einen Platz auf einem Urlauberschiff wie der MS Arkona erhielten. Es war schon fast ein Akt des Aufbegehrens, wenn ein Beschäftigter sich beschwerte, zumal noch bei der Vorsitzenden einer Einzelgewerkschaft und Präsidiumsmitglied im FDGB-Bundesvorstand:

„Sehr verehrte Kollegin Gerboth,  
Ich wende mich an Sie als unsere Vorsitzende der IG Gesundheitswesen der DDR mit der Bitte um Auskunft, was ich noch unternehmen könnte, um zu einem Auslandsaufenthalt für das nichtsozialistische Ausland oder Jugoslawien, Albanien, Mongolei, Korea, China etc. zu kommen.

13 Interview mit Karl-Heinz Biesold vom 17. September 1992, Dokumentation, S. 179.

14 Interview mit Peter Herold vom 7. Juli 1991, Dokumentation, S. 278.

Ich habe durch das Reisebüro im vorigen Jahr und auch in diesem Jahr nur Absagen bekommen. Die Wartezeit auf Reisen in die VR Mongolei, Korea etc. beträgt 8 Jahre, wobei ich schon 3 Jahre hinter mir habe. Auf der Warteliste der Ferienplätze für das nichtsozialistische Ausland beim Bezirksarzt war ich ebenfalls ein Stück nach vorn gerückt, in diesem Jahr lautete allerdings der Absagebrief lakonisch: „vom Minister habe ich keinerlei Auslandsferienplätze erhalten.“ (...)

So lobenswert der zusätzliche Urlaub von 5 Tagen für mich ist, (...) weiß ich doch nicht recht, wie ich diesen ohne Datsche in der DDR verbringen soll. (...)

Ich möchte Sie bitten, mir mitzuteilen, wie wir Ärzte der Peripherie (...) zu einem ausgesuchten Ferienplatz kommen können.“<sup>15</sup>

Trotz dieser unerfreulichen Begleiterscheinungen hatte der FDGB nicht als Gewerkschaft sondern in seiner Funktion als Reisebüro eine herausragende Bedeutung für die Menschen der DDR:

„Ferienplätze, Betriebsferienlager und Feiern, Jubiläen und Veteranenbetreuung zählten häufig zu jenen gewerkschaftlichen Leistungen, die vorrangig Beachtung fanden.

Wir haben uns damit als Gewerkschaft von einer Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten zu einer Sozialhilfeorganisation der Werktätigen deformiert.“<sup>16</sup>

Der FDGB war keine formelle Zwangsorganisation, doch zur Entscheidung, ihm nicht beizutreten, gehörte offenkundig ein hohes Maß an Sensibilität, Mut und die Bereitschaft, sowohl materielle Verluste als auch Nachteile beim beruflichen Fortkommen in Kauf zu nehmen. In einer Mangelgesellschaft wohlfeil angebotene Vergünstigungen auszuschlagen, wollte gut überlegt sein. Mit einer solchen Haltung machte man sich verdächtig, da damit jene 97% beschämt wurden, die dem „gewerkschaftlichen Claqueur-Dienst“ (Schütt) für die SED, sei es aus Überzeugung oder mit zusammengebissenen Zähnen, nachkamen.

## Gewerkschaft als zentralistische Einheitsorganisation

Nach Kriegsende wurden die Gewerkschaften sowohl in den westlichen Besatzungszonen als auch in der sowjetischen Besatzungszone als Einheitsgewerkschaften aufgebaut. Der ideologische Streit unter den bis 1933 existierenden Richtungsgewerkschaften, den sozialdemokratischen, christlichen, liberalen und den 1929 gegründeten kommunistischen Gewerkschaften (RGO), war als eine Ursache für die katastrophale Niederlage im Nationalsozialismus erkannt worden. Der Kampf gegeneinander schien wichtiger als der gemeinsame Kampf gegen den Nationalsozialismus. Besonders verhängnisvoll war das Verhalten der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten, die sie sogar vorrangig als „Hauptfeind“ und „Sozialfaschisten“ bekämpften.<sup>17</sup>

Mit der Entscheidung für das Konzept Einheitsgewerkschaft glaubten viele Funktionäre, die das Dritte Reich überlebt hatten, eine Lehre aus der Niederlage zu ziehen. Die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft bedeutete im Kern eine Entscheidung für eine

---

15 Schreiben, Dr. med. U. Pfeiffer, Leiterin innere Abteilung, Betriebs-Poliklinik, Kombinat VEB Keramische Werke Hermsdorf an Kollegin Dr. med. Gerboth, Zentralvorstand der Gewerkschaft Gesundheitswesen vom 24.04.89, SAPMO, DY41/750.

16 Joachim Wegrad, Bericht an die 8. ZDK der GÖD, 8./9. Juni 1990, SAPMO, DY 45/1635.

17 Vgl. Manfred Scharrer (Hg.), Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933. Reinbek 1984.

parteipolitisch und weltanschaulich unabhängige Gewerkschaft. Die Transformation des FDGB in eine kommunistische Massenorganisation war das genaue Gegenteil.

Der Begriff Einheitsgewerkschaft muss dabei von dem Begriff der Einheitsorganisation unterschieden werden. Letztere bezieht sich auf die Organisationsform, also auf die Frage des Verhältnisses von Dachverband zu den Einzelverbänden. Diese Organisationsfrage ist zunächst keine ideologische sondern eine Frage nach der besten Organisationsform, sei es im Sinne umfassender demokratischer Mitwirkung der Mitglieder oder im Sinne einer ergebnisorientierten Effizienz. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der deutschen Facharbeitergewerkschaften entschied sich in der Frühphase der Gewerkschaften 1892 in Halberstadt für autonome, zentralistische Einzelverbände – sei es als Industrie- oder Berufsverband – und einen schwachen Dachverband.<sup>18</sup> In den Westzonen knüpften die späteren DGB-Gewerkschaften daran an.

Der FDGB in der sowjetischen Besatzungszone ging einen anderen Weg. Auch hier vollzog er einen radikalen Bruch mit der Tradition der freien (sozialdemokratischen) deutschen Gewerkschaften. Die vormals autonomen Einzelverbände wurden zu unselbstständigen Fachabteilungen einer straff zentralistischen, alles bestimmenden Einheitsorganisation umgewandelt bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Fiktion von Einzelgewerkschaften. Dem Namen nach gab es weiter eine IG Metall, eine IG Transport- und Nachrichtenwesen, eine IG Bergbau-Energie, eine Gewerkschaft MSK und andere. Diese Scheinexistenz war jedoch eine von Gnaden der zentralistischen Einheitsorganisation FDGB. Der Organisationsbereich dieser Gliederungen und ihr Name wurden ebenfalls vom FDGB bestimmt. Die Einzelverbände hatten weder eine eigene Satzung noch waren sie finanziell selbständig. Die Finanzhoheit lag beim Dachverband. Die hauptamtlichen Funktionäre der Einzelgewerkschaften in Zentral-, Bezirks- oder Kreisvorständen waren Beschäftigte des FDGB. Die Spitzenfunktionäre der Einzelgewerkschaften waren in Personalunion auch Mitglied in den Gremien des FDGB. Z.B. waren alle ihre Vorsitzenden Mitglied im FDGB-Bundesvorstand (und in der SED). Die „Werk tätigen“ wurden Mitglied im FDGB, zahlten den Mitgliedsbeitrag an den FDGB und wurden gleichzeitig formal einer Einzelgewerkschaft zugeordnet.

Innerhalb der Bedeutungslosigkeit der Einzelgewerkschaften im FDGB gab es eine Hierarchie zwischen Industriegewerkschaften (IG) und Gewerkschaften (Gew). Die Industriegewerkschaften wie die IG Bergbau-Energie oder die IG Metall waren im kommunistischen Selbstverständnis „etwas Besseres“ im Vergleich zu den „bloßen“ Gewerkschaften wie z.B. die MSK oder Gesundheitswesen. Industrie hatte mit Produktion zu tun, und hier war in der marxistischen Theorie der magische Ort, wo bevorzugt Werte und Mehrwerte geschaffen wurden. Hier sollte sich die fleißige und allseits entwickelte sozialistische Persönlichkeit entfalten.

Unabhängig von dieser Gewichtung bestimmte der FDGB bei allen Gewerkschaften auch über deren materielle und personelle Ausstattung. So wurde einigen Gewerkschaften eine eigene Zeitung, anderen nur ein Informationsblatt und wieder anderen überhaupt keine eigene Publikation zugestanden. Diese Publikationen waren „Organe“ der jeweiligen Zentralvorstände. Obwohl die inhaltliche Verantwortung formal bei den Zentralvorständen lag, war Herausgeber der Bundesvorstand des FDGB:

---

18 Vgl. Manfred Scharer, Die Entstehung des freigewerkschaftlichen Dachverbandes, in: Die Entstehung des freigewerkschaftlichen Dachverbandes. Reprint des Protokolls der Verhandlungen des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Halberstadt vom 14. bis 18. März 1892, Köln 1991.

„Wir finanzierten das nicht, sondern das finanzierte alles der Bundesvorstand (des FDGB, M.S.), der druckte es auch, der genehmigte es auch, und wehe, es stand etwas Falsches drin.“<sup>19</sup>

Natürlich zierte das Emblem des FDGB die Titelseiten. Im Ganzen gesehen waren die Publikationen kaum mehr als dürftige Blättchen, die in der Regel nur acht Seiten stark waren und bestenfalls 14-tägig erschienen. Sie verbreiteten hauptsächlich Jubel über die Erfolge im sozialistischen Wettbewerb und berichteten über das kollektive und individuelle Auszeichnungswesen, dem ein erstaunlich ausdifferenziertes Ordens- bzw. Medailensystem zugrunde lag. Es gab Ehrenbanner, Aktivistenabzeichen, eine Fritz-Heckert-Medaille in Bronze, Gold und Silber, eine Hermann-Duncker-Medaille, einen „Verdienten Arzt des Volkes“, usw. Daneben nahmen die Verlautbarungen des Zentralvorstandes, die Reden seiner Vorstandsmitglieder und die Beschlüsse seiner Tagungen viel Raum ein. Teilweise gab es aber auch Informationen mit gewissem Gebrauchswert, wie beispielsweise Rechtsberatung zu Fragen der Anwendung des Arbeitsgesetzbuches und der Betriebskollektivverträge.

Karl Kalauch, der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen, meinte in seinem Abschiedsbrief, dass sein Informationsblatt von den BGLen „als hilfreich anerkannt“ worden sei. Gemessen am Inhalt scheint dies nicht sehr wahrscheinlich.

Wer sich über die FDGB-Politik informieren wollte, las das zentrale Organ des FDGB, die *Tribüne*, die in Form einer Tageszeitung erschien. Es hatte einen ausführlichen Kultur- und Sportteil und kostete 15 Pfennige. 1979 wurde eine Auflage von 405.800 Exemplaren ausgewiesen. Selbst wenn man unterstellt, dass jedes Exemplar mehrere Leser hatte, so scheint das bei über 9,5 Millionen Mitgliedern eher gering. Nicht einmal alle 2,6 Millionen ehrenamtliche Funktionäre, vom Vertrauensmann bis zum BGL-Mitglied, dürften das „Organ des Bundesvorstandes“ gelesen haben.

## Gewerkschaft als Partei

Die SED beanspruchte, in der DDR eine „Diktatur des Proletariats“ auszuüben und gleichzeitig eine „Volksdemokratie“ verwirklicht zu haben. Sie glaubte, dass Letzteres auch einen institutionellen Ausdruck finden müsse. So gab es Volksvertretungen und Parlamente auf den unterschiedlichen Ebenen, angefangen bei der Gemeindevertretung bis hin zur Volkskammer. Hier ging es nicht um Entscheidungen, sondern um die Beschaffung einer formalen Legitimation von Beschlüssen, die die Partei an anderer Stelle bereits getroffen hatte.

Zu diesen Parlamenten konnten Kandidaten unterschiedlicher Parteien und „gesellschaftlicher Organisationen“ gewählt werden. Zu den gesellschaftlichen Organisationen zählte auch der FDGB. In der Volkskammer, laut Verfassung das höchste staatliche Organ, stellte der FDGB 61 bzw. 68 Abgeordnete und bildete damit die zweitstärkste Fraktion. Insgesamt stellte der FDGB in den Volksvertretungen der DDR „weit über 30.000 Parlamentarier“.<sup>20</sup> Diese waren in der Regel SED-Mitglieder und trugen mit dazu bei, dass die SED in den Parlamenten immer eine Mehrheit stellte, obwohl die Abgeordneten der Partei selbst nur ca. ein Drittel der Mandate innehatten.

19 Interview mit Gertraude Sinn vom 1. Halbjahr 1991, Dokumentation, S. 370.

20 Ullrich Gill, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), Opladen 1989, S. 327.

Die FDGB-Abgeordneten bildeten keine selbständige Fraktion, sondern waren eingebunden in den „demokratischen Block“ innerhalb der „Nationalen Front“, dem Dachverband aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen – davon abgesehen, dass sie ohnehin der Parteidisziplin unterlagen. Zur Wahl stellten sich keine konkurrierenden Parteien oder Kandidaten, sondern „Einheitslisten“ der Nationalen Front. Es gab niemanden in der DDR, der nicht um die Bedeutungslosigkeit der Parlamente wusste.

## FDGB-Gewerkschaften im Sommer 1989

Die im Sommer 1989 einsetzende Fluchtbewegung versuchten SED wie auch FDGB anfangs zu ignorieren. Folgt man den Gewerkschaftszeitungen, fieberten die Mitglieder zu dieser Zeit in freudiger Erregung den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR entgegen. Sie beteiligten sich in überwältigender Zahl an der Plandiskussion, eiferten im „sozialistischen Wettbewerb“ um Auszeichnungen, Medaillen und Prämien und waren dabei, die Planziele wieder einmal zu „erfüllen und überzuerfüllen“. Die bereits erzielten Erfolge der „Neuererbewegung“ samt der „Messe der Meister von Morgen“ (MMM) wurden angemessen gewürdigt. Sonderschichten zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der DDR wurden besonders herausgestellt und die Lichtgestalt des FDGB Adolf Hennecke wie gewohnt beschworen. Während bereits Tausende die Flucht gen Westen antraten und die Westmedien ausführlich von dem Exodus berichteten, überschlugen sich in den Gewerkschaftszeitungen die Erfolgsmeldungen aus der sozialistischen Produktion. Längst hatte ihre Propaganda „Kurs auf den XII. Parteitag“ genommen, der für 1991 geplant war. Bis Anfang Oktober hätte man nur mit Blick in die Gewerkschaftszeitungen nicht vermutet, dass die Fundamente des Sowjetreiches im Allgemeinen und des SED-Staates im Besonderen bereits bedenklich schwankten. Auch die zunehmend größer werdenden Demonstrationen gegen die Diktatur der SED und für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nahm der FDGB in seinen Publikationen nicht zur Kenntnis. Für die Gewerkschaftsapparate ging alles weiter seinen gewohnten sozialistischen Gang:

„1. Das Kernstück unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist und bleibt die politisch-ideologische Arbeit mit unseren Mitgliedern. (...)

2. Im sozialistischen Wettbewerb gilt es, weitere wirksame Initiativen zur Erfüllung und Übererfüllung der Ziele des Plans 1989 zu entwickeln und somit stabile Voraussetzungen für einen guten Planablauf 1990 zu schaffen.“<sup>21</sup>

Sofern überhaupt auf die aktuellen Ereignisse Bezug genommen wurde, geschah dies entlang der vorgegebenen Parteilinie und offiziellen Sprachregelung:

„Während aus der BRD ein wüstes Geschrei nach Reformierung und Demokratisierung der DDR zu uns herübertönte, waren wir gerade dabei, die Aufgabe des Planes 1990 in den Arbeitskollektiven als auch in aller Öffentlichkeit sachlich-kritisch zu beraten. Kollegen (...) unterbreiteten 40.733 Vorschläge. (...)

Die sozialistische Demokratie setzt die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln sowie die Durchsetzung des Prinzips des Demokratischen Zentralismus voraus. (...)

---

21 Auswertung der 10. Tagung des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen vom 13.09.1989, (verfasst am 10.10.89, M.S.), SAPMO, DY 50/1300.

„Alle Diskussionsredner verurteilten aufs Schärfste die Machenschaften der westlichen Massenmedien, die Angriffe des Klassengegners auf die DDR in Form gezielter, provokatorischer Abwerbung von Bürgern unseres Staates nach der BRD.“<sup>22</sup>

Oder:

„Doch wir lassen uns unsere Erfolge nicht wegdiskutieren oder gar wegreformieren. Da möge ihnen gelingen, einige tausend Menschen mit verbrecherischen Mitteln und der Hilfe des Verrats von Dritten aus der Heimat wegzulocken. Es wird ihnen niemals aber gelingen, unsere sozialistische Heimat in die Knie zu zwingen. Davon zeugen die auf dieser Zentralvorstandssitzung abgerechneten Ergebnisse zum 40. Jahrestag der DDR. Davon zeugt auch die Entschlossenheit, jetzt erst recht unter dem Banner des Marxismus/Leninismus, unter Führung unserer Partei gewerkschaftliche Interessenvertretung zur Stärkung des Sozialismus durchzuführen.“<sup>23</sup>

Fast zeitgleich zu diesen Kommentaren musste die SED über 6.000 DDR-Bürger, die in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag Zuflucht gesucht hatten, mit Sonderzügen in die Bundesrepublik ausreisen lassen. Erich Honecker rief ihnen im SED-Zentralorgan zu: „Wir weinen euch keine Träne nach“.

Je heftiger der DDR-Sozialismus und die Herrschaft der SED durch die Flüchtlinge und die Bürgerbewegung in Frage gestellt wurden, umso inniger wurden zunächst die Huldigungen der FDGB-Gewerkschaften an die Partei. Der Vorsitzende der IG Transport- und Nachrichtenwesen würdigte den Anteil der Gewerkschaften an der 40jährigen DDR mit den Worten:

„Wir konnten das schaffen, (...) weil wir von Anfang an diesen Staat als unseren mit aufgebaut und ausgestaltet haben, als Staat der Arbeiter und Bauern und als Macht der Arbeiter und Bauern, zum ersten Mal und für immer auf deutschem Boden. Und weil wir mit unserer marxistisch-leninistischen Partei ein großes Glück hatten, zu jeder Zeit und an jedem Wendepunkt unserer 44jährigen Geschichte.“<sup>24</sup>

In ähnlichem Tenor waren alle Stellungnahmen des FDGB und der Vorstände der Einzelgewerkschaften gehalten. Dabei war es nicht so, dass die verantwortlichen Funktionäre nicht über die wahren Zustände in der DDR und die Gründe für die Fluchtbewegung informiert gewesen wären. Stellvertretend für andere Berichte sei hier die vertrauliche Information für Harry Tisch genannt:

„Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass Kritiken und Forderungen zu Problemen, die nicht im eigenen Verantwortungsbereich lösbar sind, stärker und dringender werden. Das betrifft fehlende Investitionen, überalterte Technik, Mängel in der Bereitstellung von Materialien und Ersatzteilen sowie Lücken in der Versorgung der Bevölkerung. Verärgerung und Unverständnis gibt es vor allem auch deshalb, weil teilweise seit Jahren Versprechungen gemacht worden sind, die nicht eingehalten werden.“<sup>25</sup>

---

22 Referat der 9. Tagung des ZV zum Thema: „Die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Mitgestaltung am Plan 1990 ...in Vorbereitung auf den XII. Parteitag der SED. (12.10.89, Ms = 49 Seiten, Referentin: Kollegin Dr. Christa Uebel, Sekretär für Sozialpolitik), SAPMO, 41/741.

23 Günther Wolf, Schlusswort, 12. Tagung des Zentralvorstandes der IG Bergbau-Energie, in: GLÜCK AUF, Nr. 18/89, 2. Oktober 1989.

24 Karl Kalauch, Schlusswort auf der 10. Tagung des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen, 13.09.1989, in: Informationsblatt des Zentralvorstandes Transport und Nachrichtenwesen, Nr. 11'89, S. 2.

25 Abteilung Organisation, Vertrauliche Information, 22.09.1989, zit. n.: Theo Pirker et al., Wende zum Ende. Auf dem Weg zu unabhängigen Gewerkschaften, Köln 1990, S. 123ff.

## Der Zusammenbruch des FDGB

Am gleichen Tag – dem 11. September -, an dem Ungarn die Grenze öffnete, besuchte Harry Tisch den DGB in der Bundesrepublik. Auf der Pressekonferenz interessierte sich kein Journalist für gewerkschaftliche Fragen, sondern nur dafür, was Tisch zum Flüchtlingsstrom, vor allem junger DDR-Bürger, zu sagen hatte. Er wiederholte die Propagandaphrasen der SED, u.a., dass die Ursache für die Flucht die „Kampagne der BRD“ und dass „die Obhutspflicht aller Deutschen“, auf die sich die Bundesregierung immer berufe, nur ein „Getöse“ sei. Am 29. September wandten sich – ein bislang einmaliger Vorgang – 20 Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute und AGL-Funktionäre, in einem Offenen Brief an Harry Tisch und kritisierten ihn wegen seiner Äußerungen zu den Gründen für die Fluchtbewegung:

„In Diskussionen ist eine nahezu einhellige Ablehnung der Art und Weise festzustellen, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen tiefgreifende und die Werktätigen bewegende aktuelle politische Probleme abhandeln oder zum Teil verschweigen. Dabei wird in keiner Weise der Tatsache Rechnung getragen, dass es sich bei unseren Menschen um politisch urteilsfähige, mündige sozialistische Persönlichkeiten handelt, die einen Anspruch auf objektive Informationen haben.“

Besonders krass kommt im Zusammenhang mit der legalen und illegalen Ausreise vieler unserer Mitbürger in die BRD zum Ausdruck, wie weit Realität und Propaganda voneinander entfernt sind. Inzwischen sind auch aus unseren Reihen schmerzliche Verluste zu beklagen. Verlassen haben uns Menschen, die in unseren Schulen eine sozialistische Erziehung erhielten und die in unserem Land eine gesicherte Existenzgrundlage hatten.

Es trifft nicht im Entferntesten die Überzeugung und Empfindung der Mehrzahl unserer Kollegen, wenn die Medien nach peinlichem Schweigen nun den Versuch unternehmen, die Abkehr so vieler unserer Menschen ausschließlich als Machwerk des Klassengegners zu entlarven, bei dem diese DDR-Bürger nur Opfer oder Statisten sein sollen.“<sup>26</sup>

Wenige Tage zuvor war Erich Honecker aus einem langen Genesungsurlaub zurückgekehrt und hatte die Amtsgeschäfte wieder aufgenommen. Die wochenlange politische Lähmung der Partei schien nun ein Ende zu finden. Honecker erwies sich jedoch als unfähig, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Seine Rede auf der Festveranstaltung am 7. Oktober war wohl der letzte Tropfen, der das Fass im engsten Kreis des Politbüros zum Überlaufen brachte. Krenz und Schabowski waren nun endgültig entschlossen, Honecker abzulösen. Harry Tisch schloss sich den Verschwörern im Politbüro an. Am 18. Oktober wurde Honecker abgesetzt. Egon Krenz wurde sein Nachfolger.

Die neue Führung um Krenz versprach eine „Wende“ zu mehr Demokratie und Reformen. Dem konnte oder wollte sich auch der FDGB nicht länger verschließen. Wie die Partei versuchte auch er, den Dialog von oben zu organisieren. Harry Tisch mutierte zum Aufwiegler:

„Jetzt gilt es in engem vertrauensvollen, überlegten, vernünftigen Dialog mit allen Werktätigen die vorhandenen Probleme zu erörtern, (...) Kritik muss geübt werden, wo Kritik notwendig ist. Kritik muss aber auch zur Kenntnis genommen werden. Widersprüche dürfen nicht zugedeckt, sie müssen in geeigneter Weise produktiv gemacht werden.“<sup>27</sup>

26 Offener Brief von Gewerkschaftsmitgliedern des VEB Bergmann-Borsig an den Vorsitzenden des FDGB Harry Tisch, Berlin, den 29.09.1989, in: „Wir sind das Volk“ – Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Charles Schüddekopf (Hg.), Reinbek 1990, S. 45f.

27 In: Tribüne vom 13. Oktober 1989.

Tisch ging in die Betriebe, forderte mehr Eigenständigkeit für den FDGB, verkündete das Ende der schematischen Zusammenarbeit zwischen SED, Betriebsleitung und BGL und verlangte von den Funktionären, entschiedener für die Interessen ihrer Kollegen einzutreten. Dieser Versuch, sich an die Spitze der Reformer zu stellen, scheiterte jedoch gründlich. Doch die Schleuse der Kritik war geöffnet. Die *Tribüne* wurde von einer Flut von Leserzuschriften überrollt.<sup>28</sup> Tisch wurde seine „Wende“ nicht abgenommen. Die Rücktrittsforderungen wurden immer lauter. Tisch stellte auf der Präsidiumssitzung des FDGB am 29. Oktober 1989 schließlich die Vertrauensfrage. Alle Präsidiumsmitglieder bis auf eine Ausnahme waren dafür, Harry Tisch im Amt zu halten. Sie lösten damit einen Proteststurm in den Betrieben aus. Schon zwei Tage später musste das Präsidium erneut zusammentreten, um dem Druck der Basis Rechnung zu tragen und den Rücktritt von Harry Tisch vom Vorsitz des FDGB zu akzeptieren.

Die „Kaderfrage“, d.h. die Entscheidung über seine Nachfolge, hätte der alten Logik der Massenorganisation zufolge die SED durch das Sekretariat des ZK entscheiden müssen. Tatsächlich versuchten die zuständigen Genossen auch, dieses Procedere einzuhalten. Doch die Delegitimierung der alten Herrschaft und die mentale Zerrüttung ihrer Entscheidungsträger waren schon zu weit fortgeschritten.<sup>29</sup> Schließlich musste das FDGB-Präsidium eigenständig entscheiden und wählte Annelies Kimmel aus der FDGB-Bezirksverwaltung Berlin zur neuen Vorsitzenden.

Der FDGB geriet in den Sog des Zusammenbruchs der SED, deren willfähiges Instrument er über Jahrzehnte gewesen war. Völlig entwöhnt, eigenständig zu handeln, waren die führenden Funktionäre des FDGB ohne Weisung und Anleitung der SED hilflos. Die Organisation und ihre Repräsentanten hatten jegliches Vertrauen verspielt. Verständlicherweise klammerten sich die alten Funktionäre an ihre Organisation und ihren Arbeitsplatz.

Ausgerechnet der Lehrkörper der zentralen Kadenschmiede des FDGB in Bernau, der jahrzehntelang die geistige Entwaffnung der Gewerkschaften in der DDR betrieben hatte, fand als erster die Sprache wieder. Er besann sich auf einen Grundsatz, der offensichtlich bislang unbemerkt in der Verfassung der DDR gestanden hatte: „Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken.“

Die Dozenten behaupteten nun, es gehe „um die Rettung und Bewahrung der Einheitsgewerkschaften als wirkliche Interessenvertreter der Werktätigen.“ Sie wollten „Schluss machen mit dem rapiden Autoritätsverfall“ und sprachen sich für die Erweiterung der Rechte der Einzelgewerkschaften aus, „insbesondere in der Tarif- und Sozialpolitik“. Der FDGB solle „größere Entscheidungsbefugnisse“ bekommen, damit „das Kompetenzprinzip“ durchgesetzt werden könne – was immer damit gemeint war. Die spezielle Vereinnahmung des FDGB für das scheinparlamentarische Leben der DDR wurde nicht in Frage gestellt, sondern nur vorsichtig und indirekt kritisiert. Man forderte lediglich, dass die FDGB-Abgeordneten in den Parlamenten selbständig werden sollten. Der FDGB als Massenorganisation wurde indes an keiner Stelle grundsätzlich in Frage gestellt. Auch der erneuerte FDGB sollte unverdrossen weiter „auf dem Boden des gesellschaftlichen Eigentums“ stehen und „sich eng mit der Partei der Arbeiterklasse verbunden (fühlen).“<sup>30</sup>

28 Vgl. Günter Simon, Tischzeiten. Aus den Notizen eines Chefredakteurs, 1981 bis 1989, Berlin 1990, S. 129ff.

29 Vgl. Rainer Weinert/Franz-Otto Gilles, Der Zusammenbruch des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Opladen 1999, S. 63.

30 Diskussionspapier der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“, in: *Tribüne* vom 1. November 1989.

Letzteres könnte als ein vorsichtiges Abrücken von der führenden Rolle der Partei gedeutet werden, denn die Führungsrolle der Partei zu akzeptieren bedeutet etwas anderes, als sich ihr nur verbunden zu fühlen.

Annelies Kimmel machte sich die Vorschläge der Dozenten aus der FDGB-Hochschule zu eigen, besonders die der Stärkung der Eigenständigkeit der Einzelgewerkschaften, und versuchte damit den FDGB zu retten. Jedoch hinkte dieser Versuch der wirklichen Entwicklung schon weit hinterher. Während der FDGB begann, strukturelle Reformen zu diskutieren, wurde sukzessive das Ausmaß an Korruption und Selbstherrlichkeit der SED- und FDGB-Spitzenfunktionäre bekannt. Die moralische Empörung schlug hohe Wellen und drängte inhaltliche Reformbemühungen in den Hintergrund. Das Jagdrevier von Harry Tisch, die Ausstattung einer komfortablen Jagdhütte, exklusive Gästehäuser, eine Devisenkasse in Millionenhöhe zur ausschließlichen Verfügung von Tisch und besonders die Spende von 100 Millionen Mark des FDGB für die Pfingst-Jubelfeier der FDJ bewegten die Gemüter. Letzteres vor allem deshalb, weil das Geld aus dem Solidaritätsfonds des FDGB für „in Not geratene Völker“ zweckentfremdet worden war. Es handelte sich dabei um Spenden von Mitgliedern.

Nicht nur Harry Tisch, sondern der gesamte Bundesvorstand war in Korruption und Amtsmissbrauch verwickelt. Es hagelte Proteste. Mitglieder begannen reihenweise auszutreten oder die Beitragszahlungen einzustellen. Der FDGB als Institution war kaum mehr zu retten. Kimmel und der gesamte Bundesvorstand traten am 10. Dezember geschlossen zurück. Annelies Kimmel erkannte jetzt drei Ursachen, die zur „schlimmen Situation“ für den FDGB führten:

- „1. Der bisherige Führungsstil im FDGB, angefangen bei der kritiklosen Übernahme der Politik der Partei und der damit verbundenen Aufgabe der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Gewerkschaften. Ein Führungsstil, der die Wirksamkeit und Rolle der IG/Gew. auf ein niedriges Niveau brachte und den Dirigismus von oben, der glaubte, alles reglementieren zu können.
2. Fragen der Moral – die mit Aufdeckung der Tatsachen, ja sogar Verbrechen, scheinbar ans Tageslicht kamen (...)
3. Wir waren vor sechs Wochen angetreten zur Erneuerung des FDGB (...) muß ich als Vorsitzendes feststellen, dass ich diese Erwartungen nicht erfüllt habe.“<sup>31</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war der Führungsanspruch der Partei bereits von dieser selbst aufgegeben und schon aus der Verfassung der DDR gestrichen worden. Die Dreieinigkeit von Betriebsleiter, SED-Betriebsorganisation und BGL war zerbrochen. In den Zentralvorständen, den BGL und bei den Mitgliedern war offensichtlich die Meinung entstanden, die Gewerkschaftsbewegung könnte in der DDR nur noch gerettet werden, wenn autonome Einzelgewerkschaften an die Stelle des FDGB treten würden. Allenfalls ein schwacher Dachverband sei noch denkbar. Die 12. Tagung des Bundesvorstandes am 10. Dezember 1989 war auch das Ende des alten FDGB. Der entscheidende Beschluss lautete:

„Eine grundlegende Schlussfolgerung besteht darin, dass beschlossen ist, den IG/Gew. künftig die Finanzhoheit zu übertragen (...).“<sup>32</sup>

Gemäß der Verfassung des FDGB konnte eine solche Entscheidung jedoch nicht durch den Bundesvorstand allein getroffen werden. Es bedurfte eines außerordentlichen FDGB-Kongresses, um die grundlegenden Entscheidungen zu bestätigen. Zu diesem Zwecke

31 Zit. n. Theo Pirker et al., Wende zum Ende, a.a.O., S. 35.

32 Tribüne vom 11. Dezember 1989.